



metallzeitung

MITGLIEDERZEITUNG DER IG METALL | JAHRGANG 62 | D 4713

WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL SEITE 6

**Mit dem Jobpaket
die Krise packen**

LEBEN SEITE 22

**Aufhebungsvertrag
prüfen lassen**

CHANCEN SEITE 26

**Jung und arbeitslos?
Nicht aufgeben!**

BEZIRK SEITE 28



Mitglieder in der IG Metall
**ENGAGIERT AUF
ALLEN KANÄLEN**

Aktuell

Jobpaket: Im Februar will sich die IG Metall mit den Arbeitgebern auf ein Jobpaket einigen. Kürzer arbeiten und qualifizieren statt entlassen bleibt die Devise.

Auf Seite 6 »



Arbeit

Wirtschaftswachstum: Kann die Wirtschaft endlos wachsen? Oder stoßen wir an Grenzen, weil die Rohstoffe knapp werden und die Umwelt kaputt geht, wie der »Club of Rome« in den 70er-Jahren prophezeite. Ein Wissenschaftler sagt: Wir müssen umdenken. Und können das auch, ohne das Gefühl zu haben, es gehe uns dann schlechter. **Auf Seite 14 »**

Titelthema



Foto: FNEZ

Ehrenamtlich aktiv: IG Metall-Mitglieder engagieren sich nicht nur im Betrieb, sondern auch außerhalb. Egal ob in Arbeitsloseninitiativen, bei der Sozialberatung oder im Kinderferienlager, Metallerinnen und Metaller kümmern sich. Die metallzeitung stellt eine Auswahl vor. **Auf den Seiten 18 bis 21 »**

Leben

Aufhebungsverträge: Statt der Kündigung eine satte Abfindung und das einvernehmliche Ende des Arbeitsverhältnisses klingen erst mal gut. Doch wenn man genau hinschaut erkennt man, dass Aufhebungsverträge vor allem dem Arbeitgeber nützen. Deshalb nicht gleich unterschreiben, sondern genau prüfen. **Auf Seite 22 »**

Chancen

Tips für junge Arbeitlose: Kein Ausbildungsplatz? Keine Übernahme nach der Ausbildung? Nicht hängen lassen. Weiter bewerben, weiterbilden und Geld vom Amt beantragen. Aber nicht warten. Jeder Tag zählt. Wo es Bildung, Beihilfen und Beratung gibt. **Auf Seite 26 »**



Foto: Ireneusz Skorupa / iStockphoto.com

Titelbild / Montagefotos: Michael Jänecke / www.babelphoto.net (2), IG Metall BZL und VS

Arbeitszeitverkürzung möglich und nötig

»Wird die Arbeitsproduktivität (durch technischen Fortschritt) gesteigert, wird mehr in weniger Zeit produziert. Daher ist die Verkürzung der Arbeitszeit möglich. Und: Sowohl Investitionen als auch wachsendes Lohnniveau können finanziert werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist aber auch ökonomisch und sozial nötig. Aus mehreren Gründen:

- 1.) Die menschliche Arbeitskraft wird immer stärker durch Technik ersetzt. Der Bedarf an Arbeitszeit sinkt, das Angebot an Arbeitszeit bleibt aber etwa gleich, was sinkende Löhne nach sich zieht und damit auch eine schwächere Binnennachfrage.
- 2.) Eltern müssen erhebliche Teile des Schulunterrichts leisten, weil die Qualität des Unterrichts in den Schulen durch Geldmangel im Bildungssystem sinkt. Daher brauchen Eltern Zeit.
- 3.) Die private Altersvorsorge sowie Kosten im Gesundheitswesen müssen die Versicherten immer mehr selbst finanzieren.
- 4.) Damit Frauen die traditionelle und spießbürgerliche Rolle der Dazuverdienerin ablegen können, braucht unsere Gesellschaft kürzere Arbeitszeiten.
- 5.) Wenn wieder mehr Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen, stabilisiert sich die finanzielle Situation der Sozialkassen und das Sozialdasein bleibt befriedet. Auch das spricht für kürzere Arbeitszeiten. Die IG Metall muss die Arbeitszeitverkürzung auf ihre Tagesordnung setzen, um auch für neue Mitglieder attraktiv zu sein. Nur durch eine deutliche Senkung der Arbeitszeit wird sie ihren Platz in der Gesellschaft behalten.«

Katharina Schreiter, Stuttgart

Jobs ohne Barrieren

metallzeitung 1/2010, Chancen: »Alle Drähte heiß machen «

»Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie zutreffend die Vorschläge in diesem Artikel sind. Unsere schwerstbehinderte Tochter konnte ich als Vater bei meinem Arbeitgeber vor zehn Jahren erfolgreich integrieren. Im wahren Sinne des Wortes gingen viele Türen auf und dies in einem der großen Konzerne, denen oft nachgesagt wird, dass sie nur zum Wohle der Aktionäre handeln. In unserem Unternehmen hatte man sich offenbar den Blick über den Tellerrand erhalten. Unsere Regionalzeitung beschrieb es so: »Behinderten Menschen eine Chance geben. Firma SAI Automotive in Scheuerfeld will anderen Betrieben Mut machen – Querschnittsgelähmte junge Frau überzeugt ihren neuen Arbeit-

Impressum

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzels, Bertin Eichler

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Leser-Telefon:
0800-446 38 25

Montag bis Freitag:
9:00 Uhr bis 16:00 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069-66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund
(verantw. i.S.d.P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe

Redaktion: Volker Beck, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat: Beate Albrecht,
Marion Brunsfeld

www.igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb: Reinhold Weißmann,
Telefon: 069-66 93-22 24,
Fax: 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de
Anzeigen: Petra Wedel,
Telefon: 06151-81 27-0
Fax: 06151-89 30 98,
E-Mail: info@zweiplus.de

metallzeitung erscheint monatlich (zwölfmal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Bayern und Baden-Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. Bestellung an: metallzeitung@igmetall.de

Anzeige



Vordenker!

Krisenhilfe für Betriebsräte

www.dgb-bildungswerk.de

geber.« Heute heißt das Unternehmen Faurecia. Es gibt also Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderung fördern. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, die Hände in den Schoß zu legen. Es gilt, noch viele Arbeitgeber zu sensibilisieren. Dazu ist erforderlich, dass beide Seiten behutsam und ohne Vorurteile aufeinander zugehen.«

Toni Jünger, Wallmenroth

Ohne Auto geht gar nicht
metallzeitung 1/2010,
Aktuell: »Pendler und
ihr Weg zur Arbeit«

»Die Statistik bezüglich »Pendler und ihr Weg zur Arbeit« ist ja interessant. Jedoch: Hat sich schon einmal irgendjemand von den Statistikern sachkundig gemacht, warum überhaupt 60 Prozent mit dem Auto zur Arbeit fahren? Bei uns zum Beispiel ist bei einem Arbeitsweg von zirka 27 km an öffentlichem Nahverkehr absolut nichts zu sehen. Keine U-Bahn, keine S-Bahn. Der gravierendste Punkt liegt eigentlich bei den Arbeitgebern selbst: Wir hatten zum Beispiel im Jahre 2008 schon über 20 Schichtmodelle. Das heißt, damit jeder seinen Arbeitsplatz rechtzeitig erreichen kann, ist ein Großteil der Mitarbeiter einfach aufs Auto angewiesen.

Werner Hellmuth,
Massbach-Poppenlauer



KORREKTUR

In der letzten Ausgabe der metallzeitung ist uns ein Fehler unterlaufen. Die vollständige Telefonnummer der IG Metall-Hotline für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter lautet 018 02-22 22 06. (6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk abweichend.) Wir bitten, diesen Tippfehler zu entschuldigen.



FRAGE UND ANTWORT

Den Artikel »Hände Weg« fand ich interessant. Aber können Kleinunternehmen nicht heute schon auf die Dokumentation ihrer Gefährdungsbeurteilung verzichten?

Sébastien A. Buontalenti, per Mail



Foto: istockphoto.com

Müssen kleine Betriebe ihre Gefährdungsbeurteilung notieren?

Antwort der Redaktion:

Es ist richtig, dass auch derzeit das Arbeitsschutzgesetz eine Ausnahmeregelung für sehr kleine Unternehmen vorsieht. Im Vorschlag der Kommission wird aber nicht erwähnt, was »kleine« Unternehmen sind. Darin liegt die große Gefahr: Sind es 10, 20, 50 oder gar 100 Mitarbeiter? Bisher gibt es dazu keine Aussagen.

Ziel der IG Metall ist es, die Zahl der Beschäftigten, bei der eine Dokumentation nicht erforderlich ist, so gering wie möglich zu halten oder ganz auszuschließen. Denn die derzeitige Politik in Europa lässt nicht erwarten, dass die Anzahl der Beschäftigten für eine Ausnahmeregelung unter zehn Beschäftigten liegen wird. Vieles deutet darauf hin, dass sie deutlich über dieser Zahl liegen und verbindlich für alle Mitgliedsländer festgeschrieben wird. ■

Jetzt gilt es: Arbeitsplätze sichern!

DIE KRISE IST NICHT VORBEI

2009 ist Verpflichtung für 2010: Beschäftigungssicherung hat auch in diesem Jahr oberste Priorität. Dafür müssen alle an einem Strang ziehen.

Alle Gesundheitsbetreuer haben es jetzt schriftlich: Die Wirtschaftskrise ist nicht vorbei! In ihrem aktuellsten Monatsbericht hat die Deutsche Bundesbank darauf hingewiesen, dass sich die wirtschaftliche Erholung bereits wieder abschwächt. Auch deshalb, weil viele staatliche Unterstützungsmaßnahmen ausgelaufen sind. Deshalb fordert die IG Metall: Nicht nur Banken sichern, sondern auch direkt die deutsche Industrie stützen! Jetzt muss notleidenden Industriebetrieben geholfen werden, damit sie später gestärkt aus der Krise kommen.

Jetzt handeln. Auch in den kommenden Tarifrunden stehen sicherere Arbeitsplätze im Mittelpunkt. Für die Metall- und Elektroindustrie hat die IG Metall Vorstellungen zur Beschäftigungssicherung vorgelegt. Um Entlassungen zu verhindern, müssen Gewerkschaften, Arbeitgeber und die Politik gemeinsam ihre Verantwortung wahrnehmen. Welches »Jobpaket« die IG Metall dafür vorschlägt, steht in dem Aufmacher-Artikel auf Seite 6.

Der Kampf gegen die Krise ist auch für die schwarz-gelbe Bundesregierung die große Be-



Foto: Berthold Steinhilber / laif

IG Metall-Vorsitzender Berthold Huber bei einer Pressekonferenz.

währungsprobe. Bisher beschäftigt sie sich vor allem mit sich selbst und tritt mit dreister Klientelpolitik auf den Plan. Es liegt jetzt vor allem an der Kanzlerin und der neuen Arbeitsministerin, es besser zu machen. Und es ist Aufgabe der Opposition, konstruktive Alternativen zu entwickeln. Der neue SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat sich deshalb in dieser metallzeitung kritischen Fragen von Betriebsräten gestellt (das Interview steht auf Seite 8).

Die Einheitsgewerkschaft IG Metall misst ihn wie alle Politiker an seinen Taten. Gelegenheit, sich zu bewähren, gibt es jetzt genug! ■

Berthold Huber

BILD DES MONATS

Es knallt im Ruhrgebiet

Mit einem Feuerwerk ging's Mitte Januar los: Das Ruhrgebiet ist ein Jahr lang die Kulturhauptstadt Europas. Im Vordergrund sieht man das Fördergerüst vom Schacht XII der Zeche Zollverein in Essen. Essen hatte stellvertretend für die ganze Region den Titel er-gattert, da er nach EU-Richtlinien nur an eine Stadt und nicht an eine Region vergeben werden darf. Neben den Besucherzentren in Essen, Oberhausen, Duisburg, Dortmund und Bochum gibt es das ganze Jahr über so gut wie alles, was unter den Begriff Kunst und Kultur fällt.

www.essen2010.com

Maloche und Kultur. Das Ruhrgebiet ist eine Region, die schon einiges durchgemacht hat. Von der Hochburg der Kohle- und Stahlindustrie hin zu kreativen Industrien und neuen Dienstleistungen. Eine lange Tradition der Arbeiterbewegung inklusive. Wer dort wohnt, weiß was Veränderung bedeutet. Aber auch Lässigkeit, Offenheit und Unkompliziertheit.

Nichts gibt es in Reinform, alles ist gemischt: Es gibt Schönes und Hässliches, Maloche und Kultur, Currywurst und Sterneküche. Der Fotojournalist Manfred Vollmer ist seit 45 Jahren »Ruhri« und hat diesmal das Bild des Monats geschossen. Seit vielen Jahren fotografiert er als »Hausfotograf« für die IG Metall. Das IG Metall-Bildungszentrum in Sprockhövel zeigt seine Bilder ab März als Ausstellung. ■

Foto: Manfred Vollmer/Ruhr.2010



Neue Altersteilzeit

FLEXIBLER ÜBERGANG

Seit Januar 2010 haben Arbeitnehmer keinen individuellen, gesetzlichen Anspruch mehr auf Altersteilzeit. Doch es gibt andere Wege, früher auszusteigen.

Seit Anfang 2010 gilt für Beschäftigte in der Metallindustrie der »Tarifvertrag zum flexiblen Übergang in die Rente« (TV FlexÜ). Damit Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, früher aus dem Beruf auszusteigen, ist stets eine betriebliche oder tarifvertragliche Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Unternehmen

notwendig. Ohne Betriebsvereinbarung haben bis zu vier Prozent der älteren Kollegen einen individuellen Anspruch auf die Altersteilzeit. Ob und ab wann jemand früher aussteigen kann, hängt davon ab, wieviele gehen wollen. Sind es mehr als vier Prozent, entscheiden Arbeitgeber und Betriebsrat. ■



TELEFONAKTION

Der Tarifvertrag zum flexiblen Übergang in die Rente

Gilt der TV FlexÜ auch für Beschäftigte in nicht tarifgebundenen Betrieben? Was ist, wenn der Chef den flexiblen Übergang anders gestalten oder gar nicht anbieten will?

0800 – 446 38 25

metallzeitung beantwortet am **4. Februar von 15 bis 17 Uhr** Fragen zum TV FlexÜ. Am Telefon: Experten für Sozial- und Tarifrecht. Leistungsberechnungen sind jedoch nicht möglich.

PFLAUME DES MONATS

Philipp Rösler macht den Bock zum Gärtner

»Den Bock zum Gärtner machen« bedeutet, einen Posten mit einer Person zu besetzen, die wegen ihrer Interessenslage nicht geeignet ist. Gesundheitsminister Philipp Rösler macht mit Christian Weber den Bock zum Gärtner, indem er ihn in sein Ministerium holt. Weber war vorher ein hohes Tier im Verband der Privaten Krankenkassen. Jetzt darf Weber im »Gesundheitsgarten« schnippeln. Ob das auch für gesetzlich Versicherte eine gute Idee ist? ■

Cartoon: Harm Benggen



ZAHLEN UND FAKTEN

30

Ökostrom-Projekt

30 Milliarden Euro sollen innerhalb von 10 Jahren in ein europäisches Ökostrom-Netz investiert werden. Hochspannungsunterseekabel verbinden dann Nordsee-Windparks, Solaranlagen, Wasserkraft- und Gezeitenkraftwerke. Das Netz sorgt für einen besseren Ausgleich von naturbedingten Schwankungen. Damit lässt sich der Anteil erneuerbarer Energien steigern. ■

132

Stress in der Bank

Bankfachleute müssen immer häufiger zu Medikamenten greifen. Bei ihnen stiegen die verordneten Antidepressiva um 132 Prozent an. Diese Zahl meldete der BKK Bundesverband. Laut BKK steigt in Zeiten wirtschaftlicher Umbrüche vor allem bei höher qualifizierten Beschäftigten die Zahl der Verordnungen deutlich an. ■

92

Waffen zu Schienen

92 Tonnen wiegen die rund 57 000 Pistolen, Revolver und Gewehre, die Bürger aus Baden-Württemberg freiwillig bei der Polizei abgeliefert haben. Bis Jahresende konnten illegale Waffen straffrei abgegeben werden. Unternehmen wie der Stahlkonzern Salzgitter schmelzen das »Altmetall« ein. Aus einstigen Waffen sollen Auto- oder Kühl-schränkteile, Baustahl und Bahnschienen werden. ■

Jobpaket

GESPRÄCHE ÜBER VORSCHLÄGE DER IG METALL

Wirtschaftsexperten haben alle Hoffnungen auf einen bescheidenen Aufschwung wieder gedämpft. Zwischen 450 000 und 750 000 Arbeitsplätze sieht die IG Metall in Gefahr. Mit einem Bündel aus tariflichen und politischen Lösungen will sie Entlassungen verhindern. Zurzeit spricht sie mit den regionalen Arbeitgeberverbänden über ihr »Jobpaket«.

Gegessen wird immer. Trotzdem leidet auch die deutsche Landwirtschaft unter der Krise. Vor allem Bauern und Agrarunternehmen aus dem europäischen Ausland sparen und bestellen weniger Mähdrescher und Traktoren in Deutschland. Seit März 2009 arbeiten die Beschäftigten bei John Deere in Mannheim in der Produktion kurz. Wann die Kunden wieder mehr bestellen, steht in den Sternen.

»Nach unserer Einschätzung wird die Krise bis weit über 2010 hinausreichen«, sagt Rainer Wietstock. Er ist der Betriebsratsvorsitzende dort. »Selbst 2012 werden wir noch nicht wieder das Niveau

von 2007 erreichen.« Bisher ist es bei John Deere wie in vielen anderen Betrieben gelungen, durch Kurzarbeit, Weiterbildung und andere Auswege Entlassungen zu verhindern. Aber wie lange geht das noch?

»Das Kurzarbeitergeld ist eine offene Flanke«, sagt Wietstock. Unter anderem, weil in den ersten Betrieben Mitte des Jahres Schluss mit Kurzarbeit ist:

Die 24 Monate, bis zu denen die Arbeitsagenturen Kurzarbeitergeld finanzieren, sind bei ihnen dann vorbei. Firmen, die es erst dieses Jahr beantragen, wird es eh höchstens noch 18 Monate genehmigt.

Und offen ist, ob der Staat Krisenfirmen auch 2011 noch entlastet, indem er ihnen bei Kurzarbeit vom siebten Monat an die Sozialversicherungsbeiträge erlässt. Die IG Metall dringt darauf.

Wo Kurzarbeit nicht mehr geht, müssen Alternativen her. Seit Ende November reden Metaller in den Bezirken mit den regionalen Arbeitgeberverbänden über neue tarifliche Lösungen (siehe Kasten

Foto: Liesa Johansson / photothek.net



»Wir brauchen vor allem Lösungen für die Jungen«, sagen Betriebsräte. Denn sie werden in Krisen als Erste gefeuert.



HINTERGRUND

Die wichtigsten Vorschläge aus dem Jobpaket der IG Metall gegen die Krise

Seit November lotet die IG Metall in ihren Bezirken mit den regionalen Arbeitgeberverbänden aus, was sie tarifpolitisch durchsetzen kann, damit es in den Betrieben nicht zu Entlassungen kommt. Zu den Vorschlägen der IG Metall gehören vor allem:

- Bessere Übernahmeregelungen für Ausgebildete, kombiniert mit Weiterbildungsmodellen.
- Wo Kurzarbeit nicht mehr geht: Bei Bedarf Arbeitszeitverkürzungen über die Grenzen, die zurzeit in den Tarifverträgen zur Beschäftigungssicherung geregelt

sind, hinaus. Dabei sollen die Arbeitgeber den Lohn für die zusätzlich ausgefallenen Arbeitsstunden teilweise ausgleichen. Damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht soviel Geld verlieren, soll der Gesetzgeber den Teillohn von Steuern und Sozialabgaben befreien.

unten). Überall tagen die regionalen Tariffkommissionen, also die demokratisch gewählten Vertreter der Belegschaften, um über die verschiedenen Vorschläge zu beraten.

»Es ist wichtig, dass wir vor allem für die Jugendlichen, die mit der Ausbildung fertig werden, eine Lösung finden«, sagt Rainer Wietstock. Mit den Arbeitgebern wird zurzeit darüber geredet, die Übernahme mit Weiterbildung, zum Beispiel zum technischen Fachwirt, zu verknüpfen und sie so vor Entlassungen und Arbeitslosigkeit zu schützen.

Der IG Metall-Vorstand hat eine Frist gesetzt: Am 9. Februar will er beurteilen, ob bei den Gesprächen mit den Arbeitgebern etwas »Substanzielles« herauskommen kann, das Arbeitsplätze sicher macht. Denn das bleibt für die Arbeitnehmer in Betrieben, die unter der Krise leiden, das wichtigste Thema – auch in der anstehenden Tarifrunde. Klar ist schon jetzt: Es gibt keine Einigung um jeden Preis.

Regierung muss ran. »Die Arbeitgeber sind in der Pflicht, jetzt ihren Beitrag zur Beschäftigungssicherung zu leisten«, verlangt der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber. Und genauso die Politik: Die Regierungskoalition soll vor allem dafür sorgen, dass auf den Teillohn für weiter verkürzte Arbeitszeiten keine Steuern und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden müssen.

Die Beschäftigten haben schon viel für die Krise geopfert, an der sie nicht Schuld sind. Bei John Deere haben Arbeiter im Drei-Schicht-Betrieb durch die Kurzarbeit bis zu 400 Euro Lohn im Monat verloren. »Statt Klientelpolitik für eine kleine, gut situierte Minderheit zu betreiben«, sagt Wietstock, »sollte die schwarzgelbe Koalition etwas für die Arbeitnehmer tun.« ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

RECHT VOR ORT

SIG Sauer kam, kündigte und verlor – dank DGB Rechtsschutz

Im Sommer 2009 kündigte der Eckernförder Waffenhersteller SIG Sauer 158 Beschäftigten. »Dann sollen die Arbeitnehmer doch klagen, wir sind uns unserer Sache sicher«, war der Geschäftsführer überzeugt. 135 Kolleginnen und Kollegen nahmen ihn beim Wort und lieferten gemeinsam beim Kieler Arbeitsgericht ihre Kündigungsschutzklagen ab.

Erfolgreiche Klagen. In der Zwischenzeit gelang es, eine Transfergesellschaft auszuhandeln, 62 Mitarbeiter entschieden sich zu einem Wechsel. Ihre Klagen waren damit hinfällig. Die Klagen der verbliebenen 73 vom DGB-Rechtsschutz vertretenen Kolleginnen und Kollegen wurden alle gewonnen. Das Unternehmen muss sie weiter beschäftigen. Heidi Woltermann vom DGB-Rechtsschutz: »Diese Kündigungen waren von vornherein zum Scheitern verurteilt.«

Beispiellos fehlerhaft. Der Waffenhersteller hat bei den Kündigungen selbst einfachste Standards nicht eingehalten. Kai Petersen, Erster Bevollmächtigter

der IG Metall in Rendsburg, bezeichnete das Vorgehen als »Kündigen mit der Kettensäge«.

Die Liste der Fehler ist lang: SIG Sauer kündigte Betriebsratskandidaten, diese besitzen jedoch besonderen gesetzlichen Kündigungsschutz. Auch Gewerkschaftsmitglieder mit tariflichem Sonder-Kündigungsschutz bekamen die Kündigung unter Missachtung ihrer Rechte. Selbst die sogenannte Anhörung des Betriebsrats war nicht ordnungsgemäß. »Wir haben so etwas auch noch nicht erlebt«, fasst Helmut Hüntling vom DGB-Rechtsschutz zusammen.

Auf ein Neues. Im Dezember wurde den 73 Kolleginnen und Kollegen erneut die Kündigung ausgesprochen, aus den gleichen Gründen wie beim ersten Mal. Hüntling ist überzeugt: »Wir erwarten, dass wir auch diesmal sämtliche Klagen gewinnen, die Chancen für Sauer sehen nach wie vor schlecht aus.« ■

Volker.Beck@igmetall.de

Alles rund ums Arbeitsrecht:

► www.igmetall.de/
Arbeitsrecht

Hartz IV brachte nur Zumutungen

»Hartz IV ist gescheitert. Es hat den Arbeitslosen nur Zumutungen gebracht, keine gute Arbeit«, kritisiert Hans-Jürgen Urban, der im IG Metall-Vorstand für Sozialpolitik zuständig ist. Er fordert einen »politischen Neustart« mit Regelsätzen von mindestens 440 Euro. Auch die Kriterien für »zumutbare« Arbeit sollen geändert werden; die bisherigen würden Lohndumping fördern statt da-

vor zu schützen. Niemand, so Urban, dürfe gezwungen werden, zu Armutslohnen zu arbeiten. Wichtig sei, ein Abrutschen in Hartz IV von vornherein zu vermeiden, etwa durch längeren Bezug von Arbeitslosengeld I, abschlagsfreie Rente mit 60 nach 40 Versicherungsjahren und Verzicht auf die Rente mit 67. Mehr zum Thema Hartz IV im Interview auf Seite 24. ■

IN KÜRZE

90 Jahre Betriebsräte

Überall kämpfen derzeit Betriebsräte mit Erfolg gegen Entlassungen. Das funktioniert nur, weil Betriebsräte laut Betriebsverfassungsgesetz mitbestimmen, beispielsweise bei Personalmaßnahmen und Arbeitszeitregelungen, etwa um Kurzarbeit statt Kündigungen durchzusetzen. Die Basis dafür wurde vor 90 Jahren gelegt, im Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920. Dort sind erstmals Betriebsräte und Mitbestimmungsrechte festgeschrieben worden. Das



Titel der ersten Ausgabe der Betriebsräte-Zeitschrift 1920.

heutige Betriebsverfassungsgesetz enthält noch viele Passagen von 1920. Für Arbeiter und Gewerkschafter damals war das Gesetz allerdings ein Rückschritt: Nach der Revolution 1918 hatten Arbeiterräte in vielen Betrieben deutlich mehr zu sagen, bis weit hinein in wirtschaftliche Fragen. Am 13. Januar 1920 demonstrierten 200 000 Arbeiter in Berlin, 42 wurden dort erschossen. ■

Demo gegen Neonazis

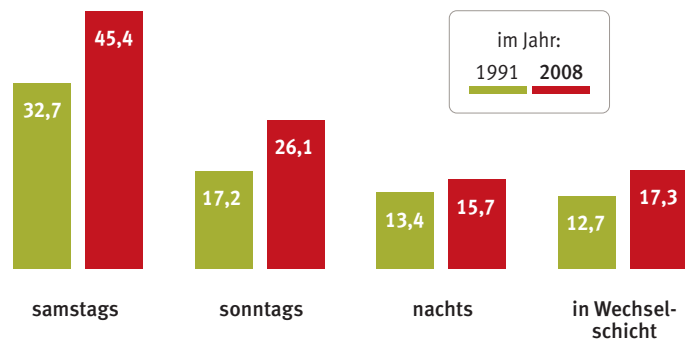
Am 13. Februar in Dresden demonstriert ein breites Bündnis gegen einen Nazi-Großaufmarsch. Das Motto: »Nazifrei! Dresden stellt sich quer«. Die IG Metall-Jugend und andere Gewerkschaften beteiligen sich daran. Die Neonazis wollen die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 für ihre Zwecke missbrauchen. ■

► www.dresden-nazifrei.de

DIE ARBEITSWELT IN ZAHLEN

Normale Arbeitszeiten sind nicht die Regel

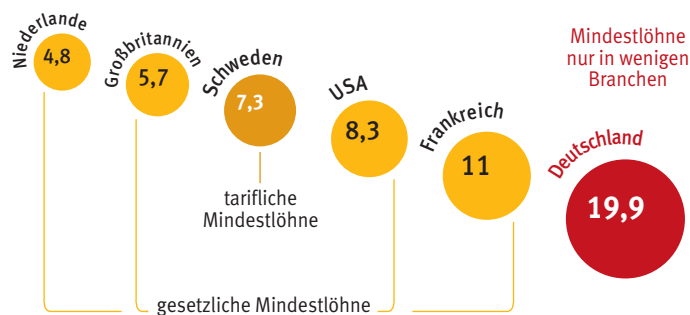
So viel Prozent der abhängig Beschäftigten arbeiteten ...



Quelle: Statistisches Bundesamt / Berechnungen WSI / Hans-Böckler-Stiftung 2009

Mindestlöhne machen seltener arbeitslos

Arbeitslosenquote von Geringqualifizierten in Prozent*:

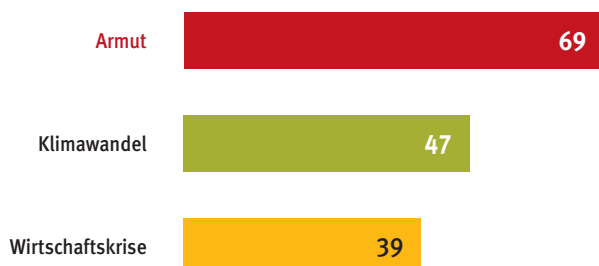


In Ländern mit allgemeinverbindlichen oder gesetzlichen Mindestlöhnen ist die Arbeitslosigkeit deutlich geringer.

*Datenbasis 2006
Quelle: OECD 2009 / Hans-Böckler-Stiftung 2009

Armut ist die größte Sorge

Die derzeit wichtigsten globalen Probleme sind in den Augen der Europäer* (in Prozent):



*26 719 EU-Bürger wurden im November 2009 befragt
Quelle: Europabarometer 2009 / Hans-Böckler-Stiftung 2009

»Keine Tabus. Alles ist veränderbar«

INTERVIEW

Fast 100 Tage im Amt: Der neue SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel diskutiert mit Betriebsräten über die Zukunft der Sozialdemokratie und der Partei.

Udo Lutz: *Elf Jahre in der Regierung – was war denn der schlimmste Fehler der SPD?*

Sigmar Gabriel: Bei der Reform der Arbeitsmarktpolitik haben wir Fehler gemacht.

Udo Lutz: *Welche Fehler waren das denn?*

Gabriel: Vieles von dem, was wir gemacht haben, war richtig. Aber eben nicht alles. Deshalb sind Korrekturen nötig. Viele empfinden es zum Beispiel als ungerecht, dass jemand, der 30 Jahre gearbeitet hat und arbeitslos wird, am Ende genauso viel bekommt wie der, der noch nie gearbeitet hat. Ich bin auch der Meinung, dass wir das Schonvermögen älterer Arbeitsloser stärker schützen müssen.

Uwe Fritsch: *Vor einigen Jahren hast Du bei uns im VW-Werk in Braunschweig eine Nachtschicht erlebt. Wir wollten Dir damals beweisen, dass man eine solche Tätigkeit bis zur Rente mit 67 nicht durchhält.*

Gabriel: Das halten viele nicht durch, da gebe ich Dir Recht. Nicht nur in der Automobilindustrie. In vielen Branchen können die Leute nicht bis 67 arbeiten.

Uwe Fritsch: *Also endlich weg mit der Rente mit 67?*

Gabriel: Alles ist veränderbar, es gibt für uns keine Tabus. Im Kern geht es aber zunächst um die Verlängerung der Altersteilzeit. Und wir brauchen flexible Übergänge

für die, die ihren Job nicht mehr schaffen.

Udo Lutz: *Wie will die SPD die Probleme der Leiharbeit lösen?*

Gabriel: Wir haben, wie auch die Gewerkschaften, geglaubt, dass es einen gewissen Klebeeffekt für Leiharbeiter geben wird, sprich, sie fangen als Leiharbeiter an und sie werden dann übernommen. Dass massenweise Scheintarifverträge mit Scheingewerkschaften abgeschlossen wurden, die zu Hungerlöhnen führen, ist nicht hinnehmbar. Jetzt brauchen wir eine Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes.

Uwe Fritsch: *Und wie sollen die aussehen?*

Gabriel: Das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« muss ohne Ausnahme gehen. Das lehnt die Union bislang ab. Die SPD fordert seit langem einen Mindestlohn für die Leiharbeitsbranche. Den hat die Union in der Großen Koalition verhindert, und sie sperrt sich bis heute dagegen. Der dritte wichtige Punkt: Die SPD will die Rechte der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit stärken. Einen entsprechenden Beschluss hat der SPD-Parteivorstand gerade gefasst.

Uwe Fritsch: *Mehr Rechte für Betriebsräte, das klingt immer gut. Denn gerade die aktuelle Krise hat doch gezeigt, dass wir mehr Mitbestimmung und mehr VW-Gesetze brauchen?*



Fotos: Christian v. Polentz / transifoto.de

Von oben nach unten: SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel, Gabriel und Bosch-Betriebsrat Udo Lutz während des Gesprächs im Willy-Brandt-Haus, VW-Betriebsrat Uwe Fritsch, Bosch-Betriebsrat Udo Lutz.

Gabriel: Stimmt. Die Mitbestimmung in Deutschland muss ausgebaut werden. An den Werks-toren darf kein Schild stehen »Hier endet der demokratische Sektor der Bundesrepublik«. Ich finde es beispielsweise nicht richtig, dass es die Mitbestimmung in Aufsichtsräten von Konzernen erst ab 2000 Beschäftigten gibt. Und warum sollte es nicht für ganz Europa ein umfassendes Mitbestimmungsgesetz geben? Dafür sollten Gewerkschaften und SPD gemeinsam kämpfen.

Udo Lutz: Nach dem Parteitag hat man wenig von der SPD gehört. Seid Ihr in der Opposition überhaupt schon angekommen?

Gabriel: Na klar! Wir haben zusammen mit dem DGB und auch mit der IG Metall Vorschläge für eine andere, sozialere Konjunkturpolitik gemacht. Wir zeigen derzeit auf, welche Folgen die Steuergeschenke der neuen Regierung an Hoteliers und Besserverdienende für die Städte und das Bildungssystem haben werden. Und wir warnen vor der ge-

planten Kopfpauschale im Gesundheitswesen.

Uwe Fritsch: Und in der Außenpolitik? Wir beide haben vor vielen Jahren gemeinsam gegen Raketen demonstriert ...

Gabriel: ... Ja, und so was schafft gemeinsame Werte. Deshalb wollen wir in den nächsten Wochen beispielsweise den Afghanistan-Einsatz mit allen unseren Mitgliedern offen diskutieren.

Udo Lutz: Also mehr Beteiligung der SPD-Mitglieder?

Gabriel: Ja, Beteiligung soll überall möglich werden. Warum lassen wir nicht beispielsweise den Kanzlerkandidaten von unseren Mitgliedern per Urabstimmung wählen, wenn wir mehrere Kandidaten haben? Aber auch Nicht-Mitglieder sollen mehr Gehör bekommen. Wenn wir eine Kampagne zum Umweltschutz machen, müssen wir die Umweltaktivisten einbeziehen und wenn wir Arbeitnehmerrechte stärken wollen, müssen wir Vertrauensleute und Betriebsräte einladen. ■



HINTERGRUND

Wer beim Gespräch im Willy-Brandt-Haus dabei war

Sigmar Gabriel, 50: Der ehemalige Bundesumweltminister, Ministerpräsident von Niedersachsen und Politik-Lehrer führt seit dem Parteitag im November die SPD. Er gilt als pragmatischer Hoffnungsträger. Nicht zuletzt auch, weil er Linke und Konservative in der Partei wieder zusammenbringen soll. Gabriel ist seit 30 Jahren Gewerkschaftsmitglied, derzeit bei der IG Metall.

Uwe Fritsch, 53: Der Betriebsratsvorsitzende bei VW in Braunschweig kennt Gabriel aus vielen gemeinsamen politischen Aktionen in Niedersachsen. Der SPD-Chef bezeichnet Fritsch gerne als seinen »Lieblingskommunisten«.

Udo Lutz, 48: Der Betriebsrat bei Bosch in Stuttgart-Feuerbach ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Baden-Württemberg. Lutz ist außerdem Experte rund um das Thema betriebliche Altersvorsorge.

Moderation: Susanne.Rohmund@igmetall.de

IN KÜRZE

Böser Spruch

Einen echten Kracher hat ein Unternehmensberater namens Guido Lemke mit dem Spruch »Maschinen sind wichtiger als Menschen« gebracht. Er sagte dies zu dem Betriebsrat der Firma OHS Kunststofftechnik in Bad Salzuflen, als der Geschäftsführer kurz vor Weihnachten ohne Ankündigung Maschinen vom Firmengelände abtransportieren lassen wollte. Näheres unter: www.igmetall-nrw.de ■



Foto: Klickit / Fotolia.com

Verschneite Pisten ärgern Pendler.

Immer pünktlich sein

Auch wenn die Straßen verschneit oder spiegelglatt sind, müssen Arbeitnehmer pünktlich bei der Arbeit sein. Es sei denn, die Behinderungen waren unvorhersehbar. Eine Kündigung riskiert aber nur, wer mehrmals ganze Tage wegbleibt, ohne dem Chef Bescheid zu sagen, und deswegen schon abgemahnt wurde (BAG vom 15. März 2001, 2 AZR 147/00). ■

Unwort des Jahres

»Betriebsratsverseucht« ist das Unwort des Jahres 2009. Die Begründung der Jury: »Die Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen als Seuche zu bezeichnen ist ein sprachlicher Tiefpunkt im Umgang mit Lohnabhängigen.« Alle Unwörter des Jahres seit 1991: www.unwortdesjahres.org ■

Wenn die Krise krank macht

ARBEITS- SCHUTZ

Arbeiten bis zum Umfallen – mit der Krise wird das für manche Menschen bittere Wirklichkeit. Denn Krankmacher Nummer eins breitet sich in diesen Zeiten immer weiter aus: die Angst um den Arbeitsplatz.

Von Fabienne Melzer

Der Körper schlug schon seit Monaten Alarm. Tagsüber quälten Ulrike Kaufmann* Durchfall, Schwindel und Kopfschmerzen. Ihr Gedächtnis spielte ihr immer wieder Streiche. Gerade eben hatte sie die Wohnungstür abgeschlossen, und im nächsten Moment wusste sie nicht mehr, wo sie den Schlüssel hingelegt hatte. Nachts fand sie kaum Schlaf. In ihrem Kopf fuhr ein Karussell, und es drehte sich um die immer gleichen Gedanken: »Ich muss meine Arbeit schaffen, ich darf keine Fehler machen. Sonst werde ich entlassen.«

Anfang letzten Jahres war die Mannschaft von Ulrike Kaufmann um mehr als die Hälfte geschrumpft. Auf ihrem Schreibtisch landete immer mehr Arbeit. Ständig stand jemand vor ihr, permanent klingelte das Telefon. »Ich versuchte, 30 Bälle gleichzeitig in der Luft zu halten.« Sie verlor den Überblick, hielt alles für wichtig. Und obwohl ihr Körper unter der Belastung schrie, glaubte sie fest: »Ich schaffe das.«

Doch dann war Schluss: Ulrike Kaufmann brach an ihrem Schreibtisch zusammen.

Arbeitswissenschaftler beobachten seit Jahren, wie die Gesundheit unter Termin- und Arbeitsdruck leidet. Immer mehr Menschen erkranken, weil die Psyche schlapp macht. Während vor 30 Jahren Depressionen, Angstzustände sowie Burn out in den Statistiken der Krankenkassen keine Rolle spielten, belegen sie inzwischen Platz vier. Allein im vergangenen Jahr machten sie zehn Prozent aller Krankentage aus. Bereits 2008 arbeiteten Beschäftigte in vier von fünf Betrieben unter Dauerstress. Doch mit der Krise erreichen die Probleme eine neue Qualität. Als Arbeitspsychologe hört Rolf Satzer aus vielen Betrieben Geschichten wie die von Ulrike Kaufmann. Die Menschen kippen am Schreibtisch um.

Angst macht krank. Satzer wundert das nicht. In der Krise setzen Arbeitgeber verschärft auf Instrumente, die bei Gesundheitsschützern auf der Liste der Krankmacher ganz weit oben stehen, wie Arbeitsplatzabbau. Unter kaum etwas leidet die Gesundheit mehr als unter der Angst um den Arbeitsplatz. Das gilt überall.

War Stress am Arbeitsplatz früher eher ein Thema im Büro, klagen inzwischen auch Beschäftigte in der Produktion über psychische Probleme. Frank Preuss arbeitet seit fast 20 Jahren im Werkzeugbau bei Ford in Köln. »Gearbeitet haben wir immer viel«, erzählt der gelernte Werkzeugmacher. »Aber früher hatten wir auch viel Spaß dabei.« Der Druck steigt seit Jahren, und die Krise hat noch eins drauf gesetzt. »Diese Bedrohung, dass morgen ein anderer meine Arbeit macht, wenn ich es nicht schaffe, die ist mit der Krise schärfer geworden.«

Doch nicht nur die Angst um den Arbeitsplatz macht krank. Nicht zu wissen, mit wem man morgen woran arbeitet, kann die Gesundheit genauso belasten. Das kennt auch

Frank Preuss. Ständig werde irgendein Bereich neu organisiert. »Montags sprechen die Kollegen noch mit ihrem Chef und am Freitag haben sie einen neuen.« Druck und Unsicherheit bleiben nicht ohne Folgen. Kollegen klagen bei Frank Preuss über Rückenschmerzen. »Doch wenn man genauer hinschaut, stellt man meist fest: Das Leiden entsteht eigentlich im Kopf.«

Dabei kann Stress auch positiv sein, solange Menschen das Gefühl haben, sie sind Herr der Lage und können zwischendurch durchschnaufen. Zum Problem wird er, wenn sie sich wie ein Hamster im Rad fühlen – ständig getrieben und ohne Chance anzuhalten. Keine neue Erkenntnis. Nur in den Betrieben ist sie immer noch nicht angekommen. Im Gegenteil: Rüdiger Trimpop, Professor für Arbeitspsychologie an der Universität Jena, beobachtet seit etwa zehn Jahren eine völlig andere Entwicklung: »Den Beschäftigten wird immer mehr Verantwortung übertragen. Aber ihre Möglichkeit, selbst etwas zu entscheiden, nimmt ab.« Wie das in der Praxis aussieht, weiß Frank Preuss. »Unsere Teamleiter sind dafür verantwortlich, Termine einzuhalten. Aber sie können weder die Termine festlegen, noch bestimmen, wie viele Leute sie brauchen, um die Arbeit pünktlich abzuliefern.«

»Marktnahes arbeiten« nennt es die Wissenschaft. Es erhöht den Druck auf die Beschäftigten und nimmt in der Krise verschärfte Züge an. Es gibt immer weniger Personal, das immer näher am Kunden arbeiten muss und für dessen Zufriedenheit verantwortlich ist. Der Mechanismus dahinter funktioniert ganz einfach, erklärt Wissenschaftler Trimpop. »Die Führungskräfte wissen nicht, wie sie mit der Krise umgehen sollen, und geben den Druck nach unten weiter.« Dass es sich gerade jetzt



Foto: Rolf Donecker

Als Betriebsrat beobachtete Bernd Theuerkauff, wie die Fälle von Burn out in seiner Firma zunahm. Trotzdem erwischte es ihn auch selbst.



Foto: Björn H. / Panthermedia.net



Ausgepresst wie eine Zitrone fühlen sich Beschäftigte immer öfter. Mit der Krise steigt der Druck an vielen Arbeitsplätzen.

lohnern könnte, Arbeitsbedingungen zu verbessern, klingt für viele wie eine Botschaft von einem anderen Stern. Aber sie ist richtig. Studien aus den USA zeigen: Für jeden Dollar, den ein Unternehmen in Gesundheitsförderung steckt, spart es 2,3 bis 5,9 Dollar bei den Krankenkosten. Eine deutsche Teppichfirma, die 140 000 Euro in die Gesundheit ihrer Mitarbeiter investierte, sparte im gleichen Zeitraum 500 000 Euro für Lohnfortzahlungen.

Angesichts solcher Zahlen müsste das Herz jedes Controllers höher schlagen. Bei diesem Gedanken muss Bernd Theuerkauff lachen. »Das wirkt nicht von jetzt auf gleich. Diese Menschen brauchen für ihre Bilanz

kurzfristige Erfolge.« Theuerkauff arbeitet bei T-Systems in Karlsruhe in der Großrechnerbetreuung. Zurzeit stehen keine Kündigungen an. Aber wenn nicht genügend Personal abgebaut wird, kann das noch kommen. »So ein Damoklesschwert erhöht natürlich den Druck.« Dabei laufen Theuerkauff und seine Kollegen ohnehin schon 24 Stunden am Tag auf Stand-by-Betrieb. In einem globalen Unternehmen gibt es irgendwo auf der Welt immer ein Problem zu lösen.

Man überschätzt sich. Als Betriebsrat beobachtete er, wie sich Fälle von Burn out häuften. Trotzdem erwischte es ihn selbst. Nachdem sein Team auf ein Drittel geschrumpft war und immer noch die gleiche Arbeit schaffen musste, streckte er die Flügel. Drei Monate fiel Theuerkauff aus. »Ich hätte es besser wissen müssen. Aber man überschätzt sich doch selber.«

Arbeiten bis zum Umfallen – bei Volvo in Köln wurde das bitterer Ernst. Im letzten Jahr fuhr dreimal der Krankenwagen vor, weil Beschäftigte am Arbeitsplatz umgekippt waren, erzählt der Betriebsrat. Alles begann mit einer Entlassungswelle. Von 200 Stellen wurden 40 gestrichen. Betriebsratsvorsitzender Bernhard Brüsselbach wusste, dass die Personaldecke kürzer werden würde. »Aber wenn ein Unternehmen Verluste einfährt, können wir schlecht mehr Personal fordern.«

Zwar hatte der Betriebsrat mit dem Arbeitgeber vereinbart, welche Arbeiten wegfallen oder anders verteilt werden. Doch im Nachhinein musste er feststellen: »Es wurde nicht alles umgesetzt, wie es auf dem Papier stand.« Eine Befragung der Beschäftigten förderte Erschreckendes zu Tage. Viele beklagten, dass die Arbeitseinsparungen nicht stattgefunden hatten. Einzelne Bereiche berichteten sogar über mehr Arbeit. Der Betriebsrat legte dem Arbeitgeber die Ergebnisse vor. »Teils ist es jetzt etwas besser geworden«, sagt Brüsselbach. »Aber wir bleiben dran.«

Mit Sorge beobachtet Günter Voß die Entwicklung. »Wenn wir es weiter auf die Spitze treiben, geht die Qualität unserer Arbeit den Bach runter«, fürchtet der Chemnitzer Professor für Industriesoziologie. Eine vernünftige Unternehmensführung achte nicht nur auf ökonomische, sondern auch auf soziale Nachhaltigkeit. Doch auch die Beschäftigten müssten mit sich selbst sorgsamer umgehen. »Wer professionell ist, spricht auch über seine Grenzen.«

Eine Einsicht, die Ulrike Kaufmann schmerzvoll lernen musste. Zweieinhalb Monate nach ihrem Zusammenbruch kehrte sie Schritt für Schritt an ihren Arbeitsplatz zurück. Ohne Medikamente geht es immer noch nicht. Aber sie hat gelernt, auf ihren Körper zu hören und rechtzeitig »Nein« zu sagen, wenn die Arbeit zu viel wird. ■ * Name geändert

Der Arbeitszeit Check

- Dauer der Arbeitszeit und Leistungsdruck
- Schichtarbeit (optional)
- Flexibilisierung der Arbeitszeit
- Belastungsfolgen
- Zur Gesamtauswertung

TIPP

■ Laut einer Betriebsrätebefragung arbeiten in vier von fünf Betrieben Beschäftigte unter Dauerstress. Schreibt uns Eure Erfahrungen.

▶ **Fabienne.Melzer@igmetall.de**

■ Wie sehr die eigene Arbeit belastet, können Mitglieder selbst testen. Die IG Metall bietet einen Arbeitszeitcheck an.

▶ **www.igmetall.de/gesundheits**

Die Mythen im Arbeitsrecht

RECHT SO | Rechtsanspruch auf Abfindung? Unkündbar wegen Krankheit? Drei Abmahnungen vor Kündigung? Einige Mythen innerhalb des Arbeitsrechts sind nicht kleinzukriegen. Carsten Schuld klärt über die häufigsten Irrtümer auf.

»Wer gekündigt wird, kann auf jeden Fall die Zahlung einer Abfindung verlangen.«

Schön wär's. Doch ein Anspruch auf Abfindung kann sich nur im Falle einer betriebsbedingten Kündigung, aus einem Tarifvertrag oder Sozialplan ergeben.

Der Arbeitgeber kann auch eine Abfindung für den Fall anbieten, dass der Arbeitnehmer auf eine Kündigungsschutzklage verzichtet. Zudem sind Abfindungen immer das Ergebnis von Verhandlungen, bei denen der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer das Prozessrisiko »abkauft«.

»Während einer Krankheit ist ein Arbeitnehmer unkündbar.«

Der Arbeitgeber darf nicht nur während, sondern sogar wegen einer Krankheit kündigen.

Eine sogenannte personenbedingte Kündigung kann gerechtfertigt sein, wenn ein Arbeitnehmer häufige Kurzerkrankungen hat, die im Jahr sechs Wochen überschreiten. Oder wenn man wegen einer langen, schweren Krankheit voraussichtlich gar nicht mehr an den Arbeitsplatz zurückkehren kann.



Carsten Schuld ist Jurist beim DGB-Rechtsschutz.

Foto: Olaf Hermann

»Vor einer verhaltensbedingten Kündigung muss dreimal abgemahnt werden.«

Das stimmt nicht! So verbreitet dieser Satz ist, so falsch ist er. Meistens reicht eine Abmahnung, damit der Arbeitgeber bei einer nochmaligen arbeitsvertraglichen Verfehlung kündigen kann. Entscheidend ist die Schwere des Vertragsverstoßes. Allerdings muss die Abmahnung einen gleichartigen Sachverhalt betreffen. Bei schweren Verstößen, etwa bei Straftaten, kann auch eine Kündigung ohne Abmahnung gerechtfertigt sein.

»Teilzeitbeschäftigte haben einen geringeren Urlaubsanspruch.«

Das ist falsch! Teilzeitbeschäftigte haben den gleichen tarifvertraglichen oder zumindest gesetzlichen Urlaubsanspruch wie Vollzeitbeschäftigte. Arbeiten sie nur an einigen Tagen in der Woche sind es zwar weniger Urlaubstage, dafür muss an den arbeitsfreien Tagen kein Urlaub genommen werden. Auch geringfügige und Teilzeitbeschäftigte haben einen gesetzlichen Anspruch auf mindestens vier Wochen Urlaub im Jahr.

»Arbeitsverträge müssen schriftlich geschlossen werden.«

Nein. Richtig ist, dass das Nachweisgesetz den Arbeitgeber verpflichtet, die Bedingungen des Arbeitsverhältnisses schriftlich innerhalb eines Monats aufzuschreiben. Aber auch eine mündliche Vereinbarung ist wirksam. Ein Arbeitsvertrag kann sogar stillschweigend vereinbart werden – zum Beispiel wenn ein Arbeitnehmer im Anschluss an ein befristetes Arbeitsverhältnis weiterarbeitet und der Arbeitgeber dies akzeptiert. ■

+ TIPP

Arbeitsvertrag-Check

Nicht selten stehen in einem Arbeitsvertrag wichtige Informationen und Klauseln zwischen den Zeilen. Die Experten in den IG Metall-Verwaltungsstellen helfen auch dann, wenn kein Streitfall vorliegt. Sie prüfen auf Wunsch Arbeitsverträge, Aufhebungsverträge und Zeugnisse.

► www.igmetall.de/rechtso

Rechtstipps für neue Betriebsräte

In kleinen und mittleren Betrieben ist es oft besonders schwer, einen Betriebsrat zu gründen und oft auch besonders nötig, gute Betriebsratsarbeit zu machen.

Die Broschüre »Effektive Betriebsratsarbeit in kleinen und mittleren Unternehmen«, die die



IG Metall zusammen mit dem Bund-Verlag herausgegeben hat, gibt Rechtstipps für neu gewählte Betriebsräte oder Metaller, die in ihrem Betrieb erstmals einen Betriebsrat gründen wollen. ■

Die Broschüre gibt es für Mitglieder unter:

► www.igmetall.de/rechtstipps

Rekord-Tarifplus für Azubis

Im Jahr 2009 sind die tariflichen Ausbildungsvergütungen um 3,7 Prozent gestiegen – das höchste Plus seit 15 Jahren. Durchschnittlich erhielten Azubis in tarifgebundenen Betrieben 666 Euro im Monat. Dies hat das Bundesinstitut für Berufsbildung ermittelt.

Besonders hoch waren die Tarifierhöhungen im Osten: Hier

verdienten Azubis 4,9 Prozent mehr als 2008. Dadurch hat sich auch der Abstand zum Westen verringert: Ost-Azubis erreichten 88 Prozent der West-Vergütung.

Die Top-Verdiener: Binnenschiffahrt-Azubis (949 Euro). Die beste Metallausbildung kommt auf den dritten Platz: Mechatroniker (842 Euro West/821 Ost). ■

✓ CHECKLISTE

Das Kind mitnehmen?

In vielen Betrieben ist das möglich, wenn ein akuter Betreuungsengpass auftritt.

1. Eltern sollten sich frühzeitig erkundigen, was im Betrieb üblich ist und den Chef fragen, ob man im Notfall das Kind mitbringen darf.
2. Kollegen, die unmittelbar davon betroffen sind, frühzeitig darüber informieren, dass das Kind für einen Tag mit ins Büro kommt.
3. Das Kind während der Arbeitszeit beschäftigen. Bewährt hat sich ein »Kinderkoffer« im Betrieb mit Spielzeug gegen Langeweile.



Foto: Pavel Losevsky / Fotolia.com

**Ohne Betreuung dumm aus der Wäsche schauen?
Mit Mama oder Papa zur Arbeit gehen ist da viel besser.**

Mit dem Kind zur Arbeit

FAMILIE UND BERUF

In vielen Firmen ist es möglich, das Kind für kurze Zeit mit zur Arbeit zu nehmen, wenn es sonst nicht betreut werden kann. Wichtig ist, sich rechtzeitig zu informieren, was im Betrieb möglich ist.

Manchmal ist es wie verhext: Der Kindergarten hat zu, die Oma ist krank und die Freunde sind verreist. Wohin mit dem Kind? Das Naheliegende ist manchmal die beste Lösung: das Kind mit an den Arbeitsplatz nehmen.

In vielen Firmen sind Kinder kurzfristig durchaus willkommen. Ausnahmen gelten natürlich dort, wo es um die Sicherheit geht, wenn etwa mit Werkzeugen oder Chemikalien gearbeitet wird. Einen rechtlichen Anspruch gibt es nicht und grundsätzlich bleiben Aufsichtspflicht und Verantwortung bei den Eltern. In der Regel bringen

Kinder aber kein großes Durcheinander in den Betrieb oder halten Kollegen von der Arbeit ab.

Auch der Arbeitgeber hat etwas davon. Das Kind in Notfällen einfach mit ins Büro zu bringen, spart einen kompletten Ausfalltag. Und Vater oder Mutter arbeiten wesentlich stressfreier, wenn das Kind in der Nähe ist, als wenn es irgendwo provisorisch untergebracht ist.

Koffer gegen Langeweile. Ist das Mitbringen von Kindern nicht möglich, bieten manche Firmen an, dass der Mitarbeiter zu Hause arbeiten kann. Aber

tatsächlich richten immer mehr Betriebe ein Eltern-Kind-Arbeitszimmer oder eine Spielecke ein. Manche halten einen Koffer mit Spielmaterial parat. Oft sind es schon kleine Maßnahmen, die eine Atmosphäre vermitteln, dass Kinder willkommen sind und nicht als störend empfunden werden. Bei Siemens in Erlangen ist sogar die Kantine auf kleine Gäste eingestellt. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Mehr Infos dazu in der Broschüre »Betriebliches Engagement in der Kinderbetreuung« unter www.bmfsfj.de

PRÜFSTAND

Schutzbrille mit Stil

»Attraktiv ausgeführte Modelle erhöhen die Tragebereitschaft und senken damit die betrieblichen Unfallzahlen.« Dies ist ein Ratschlag aus der BG-Regel Nummer 192, die den Augenschutz bei der Arbeit regelt. Also: Wie wär's dann mit der Protège-Brille aus dem Hause Sperian?

Preisgekrönt. Das Besondere an der Protège-Brille ist, dass sie mit einem Design-Preis ausgezeichnet wurde. Die Jury des »iF product design awards« fand dieses Modell nicht nur schön, sie berücksichtigte auch ergonomische Aspekte und vor allem die Funktionalität, also den sicheren Sitz der Brille.

Diese Schutzbrille ist mit 27 Gramm ein Fliegengewicht und sie hat einen hundertprozentigen UV-Schutz. Aber Achtung: Sie bietet – wie alle Bügelbrillen – nur einen allgemeinen Augenschutz. Für die Arbeit mit hohen mechanischen, chemischen oder thermischen Belastungen ist sie nicht geeignet.

Fünf Stück der Schutzbrille gibt es zu gewinnen: Einfach eine E-Mail schreiben an zeitung@igmetall.de mit dem Betreff »Schutzbrille«. ■



Foto: Sperian Protection

Mit dieser Schutzbrille sieht man nicht nur gut, man sieht auch gut aus.

Wohlstand ohne Wachstum

DER ANDERE BLICK

Ständig auf steigende Wachstumsraten zu starren führt aus Sicht vieler Umweltexperten auf Dauer in die Sackgasse. Und bedeutet auch nicht unbedingt mehr Lebensqualität, sagt der Wissenschaftler Wolfgang Sachs. Seine streitbaren Ansichten werden nicht jeden Gewerkschafter begeistern.

Der Klimagipfel von Kopenhagen ist zwar gescheitert, kann aber trotzdem einen Erfolg verbuchen: Weltweit wetteifern Wissenschaftler, Verbände und Politiker um die innovativsten Vorschläge für ein »grünes Wachstum«. Hybridautos, Windparks und Pflanzenchemie sollen künftig für Gewinne und Arbeitsplätze sorgen – und nicht mehr Geländewagen, Kohlekraftwerke und Petrochemie. Mit neuen Techniken, so die Hoffnung, lässt sich die Wirtschaft runderneuern, ohne am Ziel des Wirtschaftswachstums rütteln zu müssen. Vieles spricht dafür, dass diese unkritische Sicht sich rächen wird.

Rate sinkt. Vorsicht zunächst vor einer optischen Täuschung. Sinkende Wachstumsraten sind kein Ausweis von Schwäche, sondern auf die lange Frist unausweichlich. Je größer eine Volkswirtschaft wird, desto geringer wird die Steigerungsrate im Verhältnis zu den Jahren und Jahrzehnten davor, auch wenn der absolute Zuwachs an

Wirtschaftsleistung unverändert bleibt (siehe Grafik). Deutschland ist dafür ein gutes Beispiel: Nachdem das »Wirtschaftswunder« hohe Raten hervorgebracht hatte, gingen sie zwar in den Folgejahrzehnten zurück, doch der absolute Zuwachs fiel keineswegs niedriger aus: Die deutsche Wirtschaft expandierte in ähnlichem Umfang wie zur Wirtschaftswunderzeit.

Es ist fahrlässig anzunehmen, dass sich ein Rückgang des Verbrauchs an Kohle, Öl und Gas um 80 bis 90 Prozent bis zum Jahre 2050 – wie es die Europäische Union beabsichtigt – auf einem Wachstumspfad erreichen ließe. Schon eine vergleichsweise bescheidene Wachstumsrate von 1,5 Prozent würde bis 2050 zu einer Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts führen. Gewiss: Wachsen sollen Sektoren, die dem Umwelt-



Foto: Andreas Teich / Canofoto.com

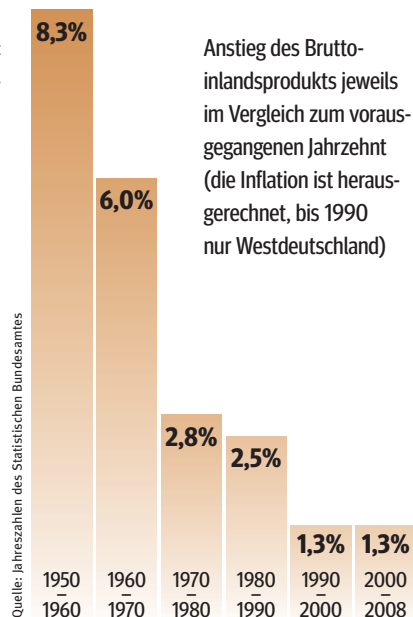
Führt das Streben nach immer mehr Konsum und Wirtschaftswachstum irgendwann abwärts?



HINTERGRUND

Wirtschaft wächst immer weniger

1972 erregte die Studie »Grenzen des Wachstums« Aufsehen. Darin prognostizierte der »Club of Rome«, in dem sich Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur zusammenfanden, dass die Grenzen des Wachstums »im Laufe der nächsten 100 Jahre erreicht« seien. Vor allem, weil die Rohstoffe zur Neige gehen. Auch wenn dies bisher noch nicht der Fall ist, gehen die Wachstumsraten in den hochentwickelten Industriegesellschaften stetig zurück.



schutz dienen – wie erneuerbare Energien, Biolandbau oder grüne Chemie. Aber die, die eine Gefahr für die Biosphäre darstellen – wie die fossil-energetischen, autoindustriellen und petrochemischen Komplexe – müssen schrumpfen. Es ist nicht zu erwarten, dass dies in der Summe zu einem dauerhaften Wachstum führt. Deshalb erfordert Zukunftsfähigkeit, schon heute vorsorgend Wege zu einer

in ihrer Lebensführung ausschließlich vom Privatkonsum abhängig. Kaufkraft kann zu einem gewissen Grad durch Zugang zu gemeinschaftlicher Infrastruktur ersetzt werden. Städte mit kurzen Entfernungen, Kulturhäuser, internetgestützte Tauschringe, Werkstätten. Bibliotheken, Gärten und Parks, Tagesmütter, Car-Sharing – alle diese Einrichtungen erlauben die Ziele des All-

Zum Autor

Wolfgang Sachs, 63, Professor an der Uni Kassel, leitet das Berliner Büro des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Schwerpunkte: Globalisierung und Nachhaltigkeit, Umwelt und Entwicklung, neue Wohlstandsmodelle. Sachs war 1993 bis 2001 Aufsichtsratsvorsitzender von Greenpeace Deutschland und ist Mitglied im Club of Rome.



Foto: Privat

Wirtschaftsweise einzuschlagen, die allen Bürgern ein gedeihliches Leben sichert, ohne auf ständiges Wachstum angewiesen zu sein.

Die Politik muss sich am Wohlergehen orientieren und nicht am Wachstum um jeden Preis. Ihr Augenmerk liegt auf Reformen, die Lebensqualität auch bei stagnierender oder zurückgehender Wirtschaftskraft erhalten und erweitern. Um Beschäftigung zu sichern, wird man um eine Umverteilung der Arbeit, kürzere Regelarbeitszeiten und größere Zeitsouveränität der Beschäftigten bei solider sozialer Absicherung nicht umhinkommen.

Bei veränderter Work-Life-Balance kann ein geringeres Einkommen möglicherweise über einen höheren Anteil an Eigen- und Bürgerarbeit ausgeglichen werden. Dabei können Mischformen an Bürger- und Bezahlarbeit entstehen, und zwar besonders im Bereich der sozialen Dienste, wie Kinderbetreuung und Altenpflege.

Weiter wird es darum gehen, in erster Linie den gemeinschaftlichen Reichtum in der Gesellschaft zu mehren und nicht den privaten Besitz. Je mehr nämlich die Bürger Zugang zu Gemeingütern haben, desto weniger sind sie

tags – wie Mobilität, Bildung, Erziehung, Information, Erholung, Austausch und Unterhaltung – mit einem moderaten Einsatz an Geld zu erreichen.

Geordneter Rückzug. Im Übrigen belegt die gegenwärtige Wirtschaftskrise, wie gefährlich es werden kann, wenn das Portfolio an Lösungen keine Optionen enthält, die über die Wachstumsgesellschaft hinausweisen. Ein unvorbereiteter Absturz der Wachstumsgesellschaft beschwört jedoch soziale Katastrophen herauf. Darum ist es höchste Zeit, Wege eines geordneten Rückzugs aus der Wachstumslogik zu erkunden. Es kommt in jedem Fall darauf an, eine Wirtschaft zu bauen, die Wohlstand ohne quantitatives Wachstum sichern kann – und das weder auf Kosten sozialer Fairness noch auf Kosten der Biosphäre. ■

wolfgang.sachs@wupperinst.org

► Mehr zum Thema ist in einer Studie des Wuppertal Instituts nachzulesen: »Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt«, Fischer-Verlag, 656 Seiten, 14,95 Euro.

DAS STICHWORT

Elena-Verfahrensgesetz

Wer glaubt, hinter dem Namen Elena stecke eine hübsche Blondine, der irrt. Das Kürzel »Elena« steht für Elektronischer Entgelt-nachweis. Das Verfahren soll ermöglichen, dass sich Beschäftigte ab 2012 nicht mehr an ihren Arbeitgeber wenden müssen, wenn sie einen Gehaltsnachweis benötigen. Zum Beispiel weil sie staatliche Leistungen wie Sozialhilfe, Wohn- oder Elterngeld beantragen. Darum melden seit Januar alle Arbeitgeber die Entgelt-daten von etwa 40 Millionen Beschäftigten gemäß einer Liste an die Zentrale Speicherstelle (ZSS).

60 Seiten sensible Daten. Neben den Gehaltsangaben durch den Arbeitgeber, entpuppt sich Elena als neugierige, sammelwütige Datenkrake. Die Liste hat etwa 60 Seiten und umfasst auch Angaben zu Abmahnungen oder Streikteilnahmen. Das stößt bei Gewerkschaftern auf heftige Kritik. Denn während bestimmte Angaben lediglich über das Eingeben eines Häckchens zu beantworten sind, hat der Arbeitgeber

beim Streik formlose Erläuterungen zu verfassen. Und zwar, ob die Teilnahme eines streikenden Beschäftigten rechtmäßig war oder als Vertragsbruch einzustufen ist. Andererseits wird bei der Frage nach unbezahlten Fehlzeiten nicht unterschieden zwischen unentschuldigtem Fehlen und unbezahltem Urlaub, beispielsweise wegen der Pflege eines kranken Kindes. »Diese Sammlung ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen«, sagt IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban.

Das Gesetz ist zwar in Kraft. Details müssen aber noch beschlossen werden. Die Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen will jetzt die Erfassung bei den Streikzeiten ändern. Das geht Urban nicht weit genug. Er fordert, auch bei den Fehlzeiten und Abmahnungen Korrekturen. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Ein Interview mit Hans-Jürgen Urban zu Elena unter:

► www.igmetall.de/elena

Gefährliche Alleinarbeit

ARBEIT UND GESUNDHEIT



Fotografierung: VMBG

Alleinarbeitsplätze müssen besonders überwacht werden.

Allein in der Nacht an der CNC-Maschine oder als Kranführer außer Ruf- und Sichtweite der Kollegen – das ist Alleinarbeit. Alleinarbeit ist nicht grundsätzlich verboten. Wenn jedoch eine erhöhte Unfallgefahr besteht, muss ein solcher Arbeitsplatz so eingerichtet sein, dass rasch Erste Hilfe kommt. Besonders gefährliche Arbeitsplätze brauchen daher eine Meldeeinrichtung. In jedem Fall ist eine Gefährungsbeurteilung durch Betriebsrat, Sicherheitsfachleute und Betriebsarzt nötig. ■

Mehr zu Alleinarbeit gibt es von der Berufsgenossenschaft unter: ► www.vmbg.de



Die Krise ist weit weg, das Geschäft bei Hartmann brummt. Das freut den Betriebsratsvorsitzenden Wolfgang Schwarz und die Beschäftigten.

Foto: Martin Storz / graffiti-foto.de

Eine Prämie obendrauf

DA GEHT WAS Aufsichtsrat und Arbeitnehmer bei der schwäbischen Hartmann-Gruppe setzen seit Jahren auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung und maßvolles Wachstum. Die Krise hat sie deshalb bisher verschont.

Einen Schwaben bringt so schnell nichts aus der Ruhe. Mit der klugen Einstellung, nur nichts zu überstürzen, ist die Firma Hartmann AG aus dem schwäbischen Heidenheim immer gut gefahren. Während woanders Kurzarbeit herrscht und Entlassungen drohen, macht der Hersteller von Medizin- und Gesundheitsprodukten derzeit Sonderschichten und stellt zusätzlich Leute ein.

Nun zahlt sich die umsichtige Unternehmenspolitik aus, die die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat konsequent vertreten. Statt kurzfristig hohe Gewinne zu pushen wie andere Unternehmen, hat Hartmann eine Politik der nachhaltigen Wertsteigerung be-

trieben. Mit Erfolg. »Wir sind hier auf der Insel der Glücklichen«, sagt Wolfgang Schwarz, der seit 20 Jahren Betriebsratsvorsitzender ist. »Von der Krise bekommen wir so gut wie nichts mit.«

Im Gegenteil: Das Geschäftsjahr 2009 ist das erfolgreichste in der Geschichte der schwäbischen

Traditionsfirma. Die Schweinegrippe ist einer der Gründe dafür. Hygiene und Desinfektion sind jetzt besonders angesagt. Wie gut, dass die neu erworbene Tochterfirma Bode auf Desinfektionsmittel spezialisiert ist. Wegen der hohen Nachfrage musste Bode die Produktion teilweise verdoppeln.



HINTERGRUND

Hersteller von Medizin- und Gesundheitsprodukten

Zur Produktpalette von Hartmann gehören Watte, Wundauflagen, OP-Bedarf und vieles mehr. Das Heidenheimer Textilunternehmen beschäftigt weltweit 9499 Mitarbeiter mit der Herstellung von medizinischen Produkten. Zu Hartmann gehören die älteste deutsche Verbandsstofffabrik und die Kneipp-Gruppe.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erreichte der Konzern ein deutliches Umsatzplus und zeigte sich besonders krisenbeständig. Weder wurde Hartmann ein Opfer, als Private-Equity-Hasardeure über deutsche Betriebe herfielen und die profitabelsten ausschlachten. Noch packte es die jetzige Wirtschaftskrise oder die Kreditklemme, über die jetzt vor allem viele Mittelständler stöhnen.

Gesundes Unternehmen. Hartmann erwirtschaftet zwar nur eine bescheidene Umsatzrendite von drei Prozent, verfügt aber über eine ansehnliche Eigenkapitalausstattung. Deshalb kann sich das Unternehmen auch leisten, dass nur 15 Prozent der Aktien auf dem freien Markt gehandelt werden. Die übrigen 85 Prozent sind in einer Schutzgemeinschaft untergebracht, deren Aktionäre nicht auf das schnelle Geld schießen. Übernahmecoups, wie ihn viele heuschreckengeplagte Unternehmen erlebt haben, sind praktisch ausgeschlossen.

Angesichts der rosigen Lage ist für Betriebsratschef Schwarz eine satte Erfolgsprämie überfällig. Ende 2009 erhielten die Mitarbeiter die Nachricht: Für das vergangene Jahr bekommen sie 1000 Euro oben drauf. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

E-Mails: Der Ton macht die Musik

TIPP FÜR DEN JOB

E-Mails schreiben geht ruck zuck und ist scheinbar denkbar einfach. Doch Achtung: Missgeschicke beim Mailen sind nicht nur peinlich, sie können sich auch negativ auswirken.

Die tägliche Flut von Mails wird immer größer. Umso wichtiger ist es da, elektronische Nachrichten kurz und prägnant zu formulieren. Ein fehlender oder nichtsagender Betreff erhöht das Risiko, dass die Mail ungelesen gelöscht wird. Längere Texte sollte man durch Absätze untergliedern. Mehrseitige Mails, die ein Scrollen erfordern, sollte man vermeiden.

Eine Signatur am Ende der Mail erleichtert die Kontaktaufnahme. Sie sollte Name, Job-Titel, Adresse und Telefonnummer enthalten und nicht länger als sechs Zeilen sein. Smileys und sogenannte Emoticons im beruflichen E-Mail-Verkehr sind bemüht witzig und deplatziert.

Vermeiden sollte man Rechtschreibfehler und falsche Kom-

masetzung. Das wirkt schlampig und unprofessionell. Auch höfliche Anreden wie »Sehr geehrter Herr Schmidt« haben noch keiner Mail geschadet. Saloppe Abkürzungen wie Mfg (Mit freundlichen Grüßen), Lg (Liebe Grüße), cu (see you) sollte man dagegen allenfalls in privaten Mails ver-

wenden. Überflüssige Datei-Anhänge sind ein Ärgernis. Da ist weniger mit Sicherheit mehr.

Auch der inflationäre Gebrauch der Lesebestätigung und der Mailversand mit hoher Priorität nerven. Durchgängige Großschreibung wirkt wie Anschreien, Kleinschreibung dagegen ist mühsam zu lesen.

+ TIPP

Mailen oder telefonieren?

Persönliches, Interna oder Konflikte lieber nicht per Mail klären. Der Tonfall kann anders interpretiert werden, als er gemeint ist. Das direkte Gespräch oder telefonieren ist immer die beste Lösung.

Keine Schneckenpost. Was gar nicht geht, ist eine E-Mail wochenlang unbeantwortet zu lassen. Innerhalb von 24 Stunden sollte man eine Mail beantworten oder zumindest deren Eingang bestätigen, wenn eine Bearbeitung länger dauern sollte. Allerspätestens nach drei Tagen muss man die gewünschte Antwort senden. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de



Tödliche Gewerkschaftsarbeit

BLICK AUF DIE WELT

In Kolumbien ist gewerkschaftliches Engagement lebensgefährlich. Drei Aktivisten berichten.

Kolumbien ist für Arbeitnehmervertreter das gefährlichste Land der Erde: 2008 wurden 48, seit 1986 insgesamt mehr als 2700 Gewerkschaftsaktivisten ermordet. Da nur vier Prozent dieser Morde aufgeklärt werden, gehen die Mörder meist straffrei aus. Das nun geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kolumbien würde das

extrem gewerkschaftsfeindliche Regime zusätzlich international aufwerten. Deshalb fordert die IG Metall von der Bundesregierung, die Verhandlungen auszusetzen.

Drei kolumbianische Kollegen berichteten in Frankfurt über ihre harte Arbeit. Das Interview und Hintergründe stehen im Netz. ■

► www.igmetall.de/kolumbien

Foto: Andreas Schließmann



Mutige Gewerkschafter: Alberto Gomez, Nohora Tovar, Mauricio Castro

ENGAGIERT



Fotos v.l.n.r.: Michael Jäneckle / www.babelphoto.net (2), IG Metall BZL und VST

»Tausende IG Metall-Mitglieder engagieren sich außerhalb der Betriebe. Für Rentner, für Arbeitslose – und Rentner und Arbeitslose unterstützen Kollegen in den Betrieben, etwa bei Warnstreiks und vielem mehr. Das nutzt allen. Gerade jetzt, wo viele Arbeitsplätze bedroht sind, muss die IG Metall zeigen: Wir lassen niemanden im Regen stehen.«

Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes IG Metall-Vorstandsmitglied

AUF ALLEN KANÄLEN

EHRENAMT IN DER IG METALL

2,3 Millionen Mitglieder – die IG Metall ist eine große Organisation. Vertrauensleute, Betriebsräte und Aufsichtsratsmitglieder setzen sich jeden Tag für die Interessen der Beschäftigten ein. Aber auch außerhalb der Betriebe unterstützen Mitglieder ehrenamtlich andere Menschen. Arbeitsloseninitiativen, Seniorengruppen, Sozialberatung oder Ferienlager für Hartz-IV-Kinder: metallzeitung stellt einige Beispiele vor.

Von Volker Beck / Dirk Erb / Susanne Rohmund



➔ Für Toleranz ★★★★★



➔ Für Information ★★★★★



➔ Für die Jugend ★★★★★



➔ Für Gemeinschaft ★★★★★



➔ Für gute Arbeit ★★★★★



➔ Für soziale Politik ★★★★★

➔ Die Druckmacher

Ortstermin Berlin. Eine Stadt mit vielen Gegensätzen. Auf der einen Seite eine elegante Glitzerwelt mit schicken Ministerien, hohen Bürogebäuden, teuren Hotels und Shops. Aber es gibt auch eine andere Seite: Im Dezember lag die Berliner Arbeitslosenquote bei 13,5 Prozent. Das ist fast doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt, der bei 7,8 Prozent lag. Und das heißt auch: In Deutschland leben, gemessen an den Einwohnern, die meisten Hartz-IV-Empfänger in der Hauptstadt. Viele davon sind IG Metall-Mitglieder.

Berlin, das ist die Stadt, in der Politik gemacht wird. »Hier muss doch was gehen, hier muss man doch Druck machen können«, glaubt Paul Decruppe, 53 Jahre alt, selbst Hartz-IV-Empfänger und Sprecher des Arbeitskreises »Arbeitslosigkeit« der IG Metall Berlin. Und es geht was: Kleine und große Erfolge feiert der 35 Köpfe starke Arbeitskreis seit fast 18 Jahren zusammen mit anderen Erwerbslosen-



➔ Für Gerechtigkeit ★★★★★

Die Berliner Gruppe »Arbeitslosigkeit« demonstriert vor dem Reichstag.

initiativen: die Einführung des Sozialtickets, Demos gegen Hartz IV, Infostände und eine Erwerbslosenkonferenz. Und wie geht es weiter? »Auch in diesem Jahr werden wir gegen Hartz IV kämpfen und für mehr Gerechtigkeit für Erwerbslose«, kündigt Decruppe an. ■

➔ Die Kulturinteressierten

Schon Goethe wusste: »Reisen bildet, denn die beste Bildung findet ein gescheiter Mensch auf Reisen.« Die Bochumer Seniorengruppe der IG Metall hat sich dies zum Motto gemacht. Seit

14 Jahren bereist sie Europa. Ihr Wissensdurst führte sie in zahlreiche Kulturmetropolen. Unter anderem besuchte die Gruppe London, Prag, Oslo und Dubrovnik. Sie bereiste auch den Rhein, die Toskana und Mallorca.

Ein besonderer Höhepunkt: die Rom-Reise im Juni 2005. Während der Generalaudienz auf dem Petersplatz begrüßte sie der frisch gewählte Papst Benedikt XIV vor 50000 Menschen ausdrücklich als »Bochumer IG Metall-Senioren«. Die Reisenden schwärmen heute noch von diesem bewegenden Moment.

Die Seniorengruppe der Verwaltungsstelle Bochum ist auch vor Ort sehr aktiv. Sie organisiert eine Arbeitslosen-, Schuldner-, und Werksrentenberatung. Zu den Sprechstunden in der Verwaltungsstelle kommen die Ratsuchenden zum Teil von weit her. 2009 feierten die Bochumer das 20. Jubiläum ihrer Seniorengruppe mit einer Fotoausstellung. ■



➔ Für Bildung ★★★★★

Egal ob wie hier auf dem Rhein oder in London, die Bochumer Senioren bilden sich auf ihren Reisen. Die Reisen geben ihnen Kraft für ihr Engagement vor Ort.

Foto: FMZ

➔ Die Begleiter

Im Gewerkschaftshaus Wilhelmshaven betreut die Arbeitsloseninitiative »ALI« Erwerbslose – auch über die Bürotür hinaus: Die ALI-Berater kommen mit aufs Amt. »Die Umgangsformen in den Behörden haben die Ratsuchenden verunsichert und verängstigt. Da war eine Begleitung nötig«, sagt ALI-Sozialberater und IG Metall-Mitglied Werner Ahrens. Mit ihm arbeiten viele ehrenamtliche Berater. Sie selbst sind arbeitslos und werden von der ALI vor Ort geschult.

Die ALI hat 600 Mitglieder, die zum Großteil zugleich auch Gewerkschaftsmitglieder sind. Auch viele Betriebsräte und Vertrauensleute aus den Betrieben sind dabei. Ursprünglich ist die Initiative von ehemaligen Beschäftigten des Schreibmaschinenwerks von AEG Olympia in Wilhelmshaven gegründet worden, nach ihrem dramatischen Kampf gegen die Werks-

schließung Anfang der 90er-Jahre. Heute hat die ALI ihren festen Platz in der IG Metall und den anderen Gewerkschaften. Die ALI übernimmt die Sozialberatung im Haus – und berät IG Metall-Mitglieder auch direkt im Betrieb, wenn Entlassungen drohen. Dafür übernehmen die Gewerkschaften einen Teil der Kosten,

etwa für die Räume. Auch in den Betrieben genießt die ALI hohes Ansehen. Bei Feiern und Aktionen werden Spenden gesammelt. Dadurch kann die ALI trotz der niedrigen Mitgliedsbeiträge drei weitere Büros in anderen Städten der Region unterhalten – und noch näher bei den Erwerbslosen vor Ort sein. ■



Ehrenamtliche Berater und Begleiter der Arbeitsloseninitiative ALI auf dem Weg in die Arbeitsagentur. Von links nach rechts: Werner Ahrens, Adelheid Steinemann, Frank Oltmann, Jürgen Oltmanns.

Foto: Carmen Jaspersen

➔ Für Arbeitslose



Anke Zaar ist immer aktiv dabei, egal ob in der Nacht bei einer Sprühaktion oder am Tag darauf bei der Kundgebung zum 1. Mai in Köln.



➔ Für die Zukunft



Foto: FAZ

➔ Die jungen Wilden

Anke Zaar und Christoph Kurre waren während ihrer Ausbildung als JAVis aktiv. Darüber kamen sie zur IG Metall. Eine Einladung zum Ortsjugendausschuss (OJA) folgte. »Da gewesen, für gut befunden, weitergemacht«, fasst Kurre zusammen. Auch als Studierende sind beide der IG Metall verbunden geblieben.

Egal, ob Operation Übernahme, IGM-Berufschultour in NRW, Anti-Rassismus-Arbeit oder Widerstand gegen ProKöln: Stets sind die beiden in Aktion. Man trifft sie auch als Dozenten bei Jugend- und JAV-Seminaren sowie in den Campus-Büros des DGB.

In der Nacht vor der 1.-Mai-Kundgebung in Köln haben Zaar und Kurre gemeinsam dem OJA Köln, dem IG Metall- und dem DGB-Jugend-

sekretär die Demo-Strecke mit Operation Übernahme-Logos besprüht. Selbstverständlich mit abwaschbarer Sprühkreide. Dennoch wurden sie »in flagranti« erwischt. Die Polizei konnte überzeugt werden, dass die Kreide wirklich abwaschbar ist. Trotzdem folgte ihnen für die restliche Zeit der Aktion ein Streifenwagen. »Schon komisch, bei so einer legalen Sprühaktion haben Menschen die Zivilcourage die Polizei anzurufen, bei Verbrechen schauen manche lieber weg«, ärgert sich Zaar.

Bei einer Aktion vor der Bochumer Oper machten 300 Azubis mit einem Menschenbild auf die Forderung nach 100 Prozent Übernahme aufmerksam. »Es war schön zu sehen, wie Leute mitmachen«, freut sich die Studentin. ■

➔ Die Widerständler

»Leipzig Courage zeigen«: Ein breites Bündnis verhindert Naziaufmärsche. Mittendrin dabei: die Leipziger IG Metall. Besonders für die IG Metall-Jugend gehören Demos gegen rechte Gewalt und Rassismus seit Jahren immer dazu. Auch in anderen Städten, gemeinsam mit anderen IG Metall-Jugendlichen bundesweit. Die nächste Demo ist am 13. Februar in Dresden. Neben den Demos organisiert der Leipziger Ortsjugendausschuss (OJA) Workshops und Projekte zur Aufklärung in den Betrieben.

Nun hat der OJA ein weiteres Thema für sich entdeckt: Rente. »Dass sich Junge dafür nicht interessieren, stimmt nicht. Sie glauben nur nicht daran, dass sie noch Rente bekommen – und blenden aus«, sagt Stefan Marx, OJA-

Mitglied und Philosophiestudent. Der OJA hat Jugendliche befragt, einen Film gedreht und ein Projekt gestartet, mit Vorträgen auf Kongressen und in Betrieben – gemeinsam mit den IG Metall-Senioren und dem ehrenamtlichen Rentenberater der IG Metall Leipzig, Klaus Barthel. Der frühere Betriebsrat hat in den letzten zehn Jahren 700 Rentner betreut und gilt in der Region als Experte. Das MDR-Fernsehen hat schon oft bei ihm gedreht, das letzte Mal im Januar. Bei Vorträgen stehen Marx und Barthel gemeinsam auf der Bühne. »Rente geht uns beide an. Alt und Jung.« ■



➔ Für eine bunte Welt



Foto: Oliver Stütz

Die IG Metall-Jugend Leipzig bei der Demonstration gegen Neonazis am 17. Oktober 2009: kreativ und »bunt statt braun« auf die Straße.

➔ Die Mobilen

Das »Infomobil« der IG Metall Emden ist das ganze Jahr auf Tour: bei Flugblattaktionen vor Betrieben, bei Infoständen in der Region oder auf Volksfesten – dann auch mit der IG Metall-eigenen Kinderhüpfburg und Luftballons. Immer an Bord: Der IG Metall-Senioren-Arbeitskreis. Knapp 100 sind aktiv dabei – und nicht nur im Infomobil. Einige präsentieren Wanderausstellungen in Schulen oder in Einkaufszentren, zur Geschichte der Arbeit in den Emdener Nordseewerken und im VW-Werk. Andere überbringen Geschenke für IG Metall-Mitglieder zur goldenen Hochzeit oder fahren ältere Mitglieder zur Jubilarfeier der IG Metall. Eine Gruppe organisiert Infoveranstaltungen und erstellt Broschüren zu sozialen Themen wie Rente oder Krankenkasse, eine weitere Gruppe produziert gemeinsam mit anderen ehrenamtlich Aktiven die Sendung »Nees van'd IG Metall« auf Radio Ostfriesland, mit



➔ Für aktive Senioren ★★★★★

Foto: FMZ

Immer unterwegs vor Betrieben, Schulen, Einkaufszentren und auf Festen: Das »Infomobil« und die Senioren der IG Metall Emden sind mittlerweile in der gesamten Region bekannt.

Reportagen aus den Betrieben. Andere wiederum telefonieren mit ausgetretenen IG Metall-Mitgliedern und organisieren überall in der Region Mitgliederversammlungen mit mehreren hundert Teilnehmern.

»Das alles könnten wir ohne unsere Senioren unmöglich leisten«, betont der Emdener IG Metall-Bevollmächtigte Wilfried Alberts. Und es werden immer mehr. Heute

sind doppelt so viele dabei, wie noch vor zwei, drei Jahren. Wer im Betrieb ausscheidet, wird sofort zum Mitmachen in den Arbeitskreis eingeladen – und auch mal privat im Verein oder in der Sauna angesprochen. Das hat was mit Überzeugung und Zusammenhalt zu tun, aber auch mit Spaß, betont der Arbeitskreis-Vorsitzende Albert Behrens. »Zu Hause sitzen können wir noch lange genug.« ■

➔ Der Radio-Mann

Einmal in der Woche ist Werner Altmann live auf Sendung im freien Lokalradio »Dreyeckland« in Freiburg. In seiner Sendung »Arbeitsweltradio« gibt es Nachrichten aus den Betrieben, Tipps für Betriebsräte, Rat und politische Themen für Erwerbslose. Die Gewerkschaften haben die Sendung mit aufgebaut und gefördert.

Altmann ist selbst seit 19 Jahren arbeitslos. Vor zwölf Jahren machte er ein Praktikum bei der IG Metall Freiburg und berät seitdem dort ehrenamtlich Erwerbslose. Das Radio interviewte ihn zu den Problemen von Arbeitslosen – und Altmann blieb gleich fest dabei. »Die Chance, gewerkschaftliche Inhalte ins Radio zu bringen, musste ich einfach nutzen.«

Sozialberater Werner Altmann live auf Sendung für Gewerkschafter und Erwerbslose, im freien Radiokanal »Dreyeckland« in Freiburg.

Die Erwerbslosenberatung im IG Metall-Büro hat Altmann in den letzten Jahren weiter ausgebaut. Mittlerweile wird er von weiteren ehrenamtlichen Beratern unterstützt.

Seit neuestem begleiten auch Altmann und seine Beraterkollegen Erwerbslose als Beistand zur Arbeitsagentur – ähnlich dem Konzept der Arbeitsloseninitiative ALI in Wilhelmshaven (siehe oben): »Betroffene helfen Betroffenen«. Altmann, der sich auf den Sozialberater-Seminaren der IG Metall weiterbildet, gibt mittlerweile selbst Beistandsschulungen, auch über die Region Freiburg hinaus. ■



Foto: Rita Eggstein

➔ Für Benachteiligte ★★★★★

➔ Die Glückhmacher

Der Name »Dau Wat« der gewerkschaftlichen Arbeitslosenbetreuung Rostock bedeutet »Tu Was« und in diesem Fall gilt: Nomen est Omen. Dau Wat tut was, und zwar eine ganze Menge: Beratung, Betreuung und Informationen für Arbeitslose, kostenlose PC-Kurse und Internet-Arbeitsplätze, Selbsthilfefwerkstätten und ein Erwerbslosenfrühstück. Seit 1994 bringt Dau Wat Kinder zum Strahlen.

Gemeinsam mit anderen Dau-Wat-Vereinen in Mecklenburg-Vorpommern organisieren die Rostocker jedes Jahr ein Kinderferienlager für Kinder sozial schwacher Eltern. Von den 220 Euro für die Woche übernimmt Dau Wat 180, finanziert durch Spenden. »Die Kinder sollen viel Spaß haben und ihre Ferien richtig genie-



Foto: FMZ

➔ Für Kinder ★★★★★

Ahoi – die Leinen sind los! Eine Woche Spaß und Erholung in freier Natur: Das Dau-Wat-Ferienlager macht Kinder sozial schwacher Eltern glücklich.

ben können. Sie können am wenigsten dafür, dass ihre Eltern keine Arbeit oder kein Geld haben«, erklärt Organisatorin Doris Lams. Jedes Jahr machen die Rostocker 35 Kinder glücklich, nur beim Abschied fließen manchmal Tränen.

Rostock hat einen eigenen »Haltepunkt Dau Wat«. Er entstand 1999 aus dem ehemaligen Bahnhof Rostock-Schmarl.

2008 kam der »Dau Wat Express« dazu, ein ehemaliger Gepäckwagen der Bahn. Beide wurden liebevoll von engagierten freiwilligen Helferinnen und Helfern umgebaut. ■

Aufhebungsverträge

DER RECHTSFALL

Um Personal abzubauen können Arbeitgeber den Mitarbeitern sogenannte Aufhebungsverträge anbieten. Was das ist und warum man nicht unbedacht unterschreiben soll, zeigt dieser Rechtsfall.

Dieter Fuchs (Name geändert) arbeitete 21 Jahre in Aßlar bei der Firma bedea, Berkenhoff und Drebes. Man wollte Personal abbauen und bot ihm einen Aufhebungsvertrag mit einer Abfindung an. Fuchs unterschrieb und machte ein schlechtes Geschäft.

Aber der Reihe nach: Was ist überhaupt ein Aufhebungsvertrag? So einen Vertrag können Arbeitgeber und Arbeitnehmer freiwillig schließen, um das Arbeitsverhältnis aufzulösen. Meist bietet der Arbeitgeber eine Ab-

Aufhebungsvertrag? Finger weg vom Kuli!

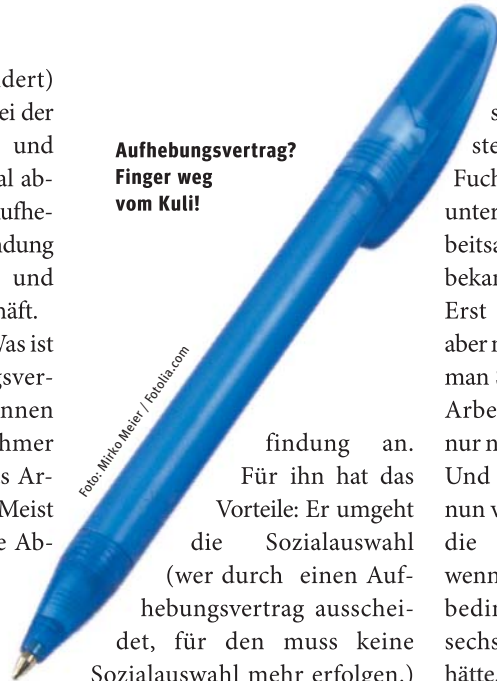


Foto: Mirko Meier / Fotolia.com

findung an. Für ihn hat das Vorteile: Er umgeht die Sozialauswahl (wer durch einen Aufhebungsvertrag ausscheidet, für den muss keine Sozialauswahl mehr erfolgen.) sowie das Prozessrisiko. Denn die Vereinbarung ist ja in gegenseitigem Einvernehmen entstanden, der Mitarbeiter kann also nicht mehr klagen.

Verlockende Abfindung. Für Dieter Fuchs klang die Abfindungssumme verlockend: 30 000 Euro. Und er entschied sich dafür, auch weil betriebsbedingte Kündigungen im Anmarsch waren. Warum war das keine

gute Entscheidung? Erstens sind die 30 000 Euro steuerpflichtig. Zweitens fiel Fuchs aufgrund der Abfindung unter die Sperrzeit-Regel der Arbeitsagentur: Für zwölf Wochen bekam er kein Arbeitslosengeld. Erst danach zahlt die Agentur, aber nur noch neun Monate. Zieht man Steuern und das entgangene Arbeitslosengeld ab, so bleiben nur noch etwa 20 000 Euro übrig. Und diese Summe muss man nun vergleichen mit der Summe, die Fuchs bekommen hätte, wenn er im Falle einer betriebsbedingten Kündigung noch sechs Monate weitergearbeitet hätte. Inklusiv Weihnachts- und Urlaubsgeld etwa 16 000 Euro netto. Die Abfindung schmilzt auf mickrige 4000 Euro zusammen. Und: Fuchs hat nun auch die Chance vergeben, aufgrund der Sozialauswahl vielleicht doch im Unternehmen zu bleiben. ■

llka.Grobe@igmetall.de

Ein ausführliches Falblatt zu Aufhebungsverträgen unter:

www.igmetall.de/aufhebungsvertrag



TIPP

Gut prüfen!

Viele Aufhebungsverträge werden unter Zeitdruck und ohne sachkundige Beratung unterschrieben. Darum der Rat: Keinesfalls unter Druck setzen lassen! Mit dem Vertragsentwurf zur IG Metall gehen (Betriebsräte oder Verwaltungsstelle) und sich beraten lassen.



Einlad

CEBIT UND HANNOVER MESSE

Messen präsentieren die Zukunft. Schon längst geht es nicht mehr nur um neue Produkte, sondern auch um Energiethemen, Dienstleistungen, Logistik und alles rund um den Job.

Die IG Metall ist auf der CeBIT und der Hannover Messe dabei und hat Freikarten für interessierte Mitglieder organisiert.

Ab 2011 für Greenpeace im Einsatz

DAS PRODUKT

Das Segelschiff »Rainbow Warrior III« wird von der Fassmer-Werft im Auftrag von Greenpeace in Berne gefertigt. Es soll 2011 pünktlich zum 40. Jubiläum der Umweltschutzorganisation vom Stapel laufen. Das 58-Meter-Schiff bietet hohe Geschwindigkeiten beim Segeln und im Dieselbetrieb einen sehr geringen Verbrauch. Fassmer konzentriert sich auf den Spezialschiffsbau und fertigt unter anderem Seenotrettungskreuzer, Polizei- und Rettungsboote. Die Werft kam daher relativ gut durch die Krise. ■



Demnächst auf See: »Rainbow Warrior III«

Foto: Fassmer

6. MÄRZ 2010


 HANNOVER
MESSE

VOM 19. BIS 23. APRIL 2010



Fotos: Deutsche Messe Hannover

Technik zum anfassen: Impressionen vom letzten Jahr

ung zur Messe

Mitglieder der IG Metall können auch in diesem Jahr wieder kostenlos die CeBIT und die Hannover Messe besuchen. Die Karten würden normalerweise 33 Euro (CeBIT) und 23 Euro (Hannover Messe) kosten.

CeBIT. Die Computermesse CeBIT findet vom 2. bis 6. März 2010 auf dem Messegelände in Hannover statt. Der Info-Stand der IG Metall befindet sich auf der Standfläche der »Computerwoche – Jobs und Karriere« in Halle 5, Stand B 50. Mit neun Vorträgen bietet die IG Metall ein interessantes Angebot zu Fragen rund um den Job. Programmschwerpunkte: Business IT, ICT Infrastructure, Future ICT, Conferences. Das Gastland der diesjährigen CeBIT ist Spanien.

► www.cebit.de

Hannover Messe. Die Hannover Messe findet vom 19. bis zum 23. April 2010 statt. Samstag, der 23. April, ist jedoch dem Fachpublikum vorbehalten. Der Info-Stand der IG Metall wird hier im Bereich »Job and Career Market« in Halle 6 zu finden sein. Mit vie-

len Vorträgen, insbesondere zu Einstiegsgehältern und Tipps zum Arbeitsvertrag, bietet die IG Metall auch Hochschulabsolventen und Berufsanfängern eine Informationsplattform.

Die zentralen Themen der Messe sind: Industrieautomation, Energietechnologien, industrielle Zulieferung, Dienstleistungen und Zukunftstechnologien. Das Partnerland dieses Jahr ist Italien. ■

► www.hannovermesse.de

Ilka.Grobe@igmetall.de



Das CeBIT-2009-Team der IG Metall

Foto: FMZ



EXKLUSIV

Messe-Freikarten für IG Metall-Mitglieder

In großen Betrieben erhaltet Ihr Freikarten von den Vertrauensleuten oder beim Betriebsrat. Für alle anderen gibt es die Karten in den Verwaltungsstellen. Was die IG Metall auf den beiden Messen bietet, ist zu finden unter:

► www.igmetall-niedersachsen-anhalt.de

→ Termine

Ein Metaller, Hartz IV und arrogante Richter

WAS MICH BESCHÄFTIGT

Metaller Josef Warch war Hartz-IV-Empfänger. Er klagte 2007 vor dem Bundesverfassungsgericht, blitzte ab. Jetzt hofft er, dass sich etwas bewegt.

Du warst mit Deiner Klage gescheitert. Jetzt entscheidet das Bundesverfassungsgericht neu, ob die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II (»Hartz IV«) hoch genug sind. Freust Du dich?

Josef Warch: Nicht übermäßig. Denn mir wird es wohl nichts mehr nützen, wenn die obersten Verfassungsrichter jetzt entscheiden, dass die Regelsätze zu niedrig sind. Ich glaube nicht, dass es für die Vergangenheit Nachzahlungen gibt. Aber künftigen Hartz-IV-Empfängern wird es hoffentlich besser gehen. Und es tut schon gut, wenn Politiker und Sozialgerichte zu Korrekturen gezwungen werden. Als ich vor dem Sozialgericht klagte, war ich schockiert über die Arroganz der Richter. Für sie waren Hartz-IV-Empfänger wie ich nur Sozial-schmarotzer. Dabei hatte ich fast 40 Jahre gearbeitet.

Warum wurdest Du arbeitslos ?

Warch: Die erste Firma machte dicht. Danach bekam ich nur noch Jobs auf Zeit, immer wieder

mal, unterbrochen durch Phasen von Arbeitslosigkeit.

Als Du ALG II bekamst, lag der volle Regelsatz bei 345 Euro im Monat, heute beträgt er 359 Euro. Wie kommt man damit zurecht?

Warch: Gar nicht. Wir hatten Riesenprobleme. Ich hatte zwei schulpflichtige Kinder. Meine Frau hat eine Halbtagsstelle und verdiente rund 650 Euro. Mein ALG II wurde immer wieder gekürzt, weil ihr Lohn angerechnet wurde. Obwohl wir eisern sparten, mussten wir oft das Konto überziehen. Zum Beispiel, damit unsere Kinder an Klassenfahrten teilnehmen konnten. Sie sollten nicht zu spüren bekommen, wie schlecht es uns ging.

Als Du 2007 geklagt hast, hat Dich die IG Metall unterstützt.

Warch: Ja, die IG Metall war schon immer der Auffassung, dass die Regelsätze sowohl für Erwachsene als auch für Kinder zu niedrig sind, weil sie das Existenzminimum nicht absichern. Sie fordert mindestens 440 Euro. Die IG Metall hält es auch für verfassungswidrig, die Höhe pauschal, nach rein abstrakten statistischen Bedarfsberechnungen festzulegen, ohne Rücksicht darauf, was die Menschen tatsächlich brauchen. Bei der ersten Entscheidung hatten sich die Verfassungsrichter davor gedrückt, darüber zu entscheiden. Sie schmetterten die Klage aus rein formalen Gründen ab. Jetzt wird sich hoffentlich etwas bewegen. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de



Maschinenschlosser Josef Warch aus Nürnberg kämpfte vor den Gerichten erfolglos für mehr ALG II.

Illustration: Gerald Moll



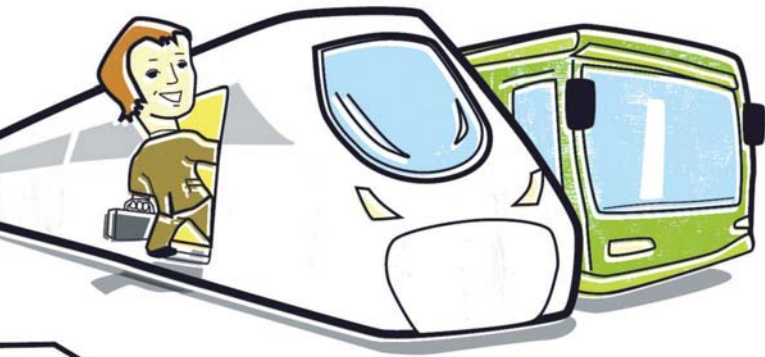
Das gibt's für Pendler vom Fiskus zurück

GUTER RAT

Werbungskosten sind Ausgaben des Arbeitnehmers, die durch den Beruf entstehen. Tipps für Berufspendler zur Steuererklärung 2009.

Zu den wichtigsten Werbungskosten zählen die Fahrten zum Arbeitsplatz und zurück. In den Lohnsteuerklassen I bis V der Lohnsteuertabellen ist ein jährlicher Arbeitnehmerpauschbetrag von 920 Euro enthalten. Werbungskosten wirken sich nur dann steuermindernd aus, wenn sie diese Pauschale übersteigen. Ist das nicht der Fall, sind sämtliche Werbungskosten mit dem Betrag von 920 Euro abgedeckt. Sind beide Ehegatten berufstätig, steht jedem die Werbungskostenpauschale zu.

30 Cent pro Kilometer. Für den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsplatz kann jeder Beschäftigte eine Pauschale von 30 Cent pro Kilometer und Arbeitstag steuerlich geltend machen. Und zwar unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel. Diese Pauschale ist auf den kürzesten Weg zu berechnen. Eine längere Wegstrecke wird bei einer stichhaltigen Begründung aber berücksichtigt. Zum Beispiel, wenn der längere Weg verkehrsgünstiger liegt.



Wer mit Bus oder Bahn zur Arbeit fährt, kann jetzt die ganzen Kosten absetzen, selbst wenn sie höher sind, als die Kilometerpauschale.

Die Pauschale ist auf 4500 Euro im Jahr begrenzt. Einen höheren Betrag erkennt der Fiskus nur an, wenn man mit dem eigenen Fahrzeug zur Arbeit fährt. Selbst dann, wenn man kein eigenes Auto hat und das der Eltern, Geschwister oder das des Partners nutzt.

Bus, Bahn oder Tram. Wer mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fährt, kann statt der Entfernungspauschale auch die höheren Fahrtkosten ansetzen. Davon profitieren vor allem Pendler, die für einen eher kurzen Weg zur Arbeit Bahn oder Bus benutzen.

Verringern sich durch den Kauf einer BahnCard die Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte insgesamt um den Kaufpreis der Karte, sind die kompletten Kosten der BahnCard absetzbar. Dass diese auch für private Reisen genutzt werden kann, spielt dabei keine Rolle.

Park and ride. Wer mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fährt, kann sowohl die Kosten für die Strecke mit dem Auto als auch die der öffentlichen Verkehrsmittel geltend machen.

Und zwar dann, wenn die Kosten für die Fahrkarte höher sind als die Entfernungspauschale für die verbleibende Teilstrecke mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Unfallkosten absetzen. Wer während einer Fahrt zwischen Wohnung und Arbeit einen Unfall hatte, kann die Kosten (wieder) absetzen – auch dann, wenn der Unfall selbst verschuldet ist.

+ TIPP

- Auch Gewerkschaftsbeiträge sind als Werbungskosten steuerlich absetzbar. Das gilt auch für Rentner, Altersteilzeitler und Vorruheständler.
- Eine günstige Steuerberatung für Mitglieder bietet die Servicegesellschaft der IG Metall in Kooperation mit rund 3000 Lohnsteuerberatungsstellen an. Alle Steuerberater haben die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen fachlichen Zertifikate und sind bei der Aufsichtsbehörde registriert.
- Für die Beratung fällt – je nach Einkommen – ein sozial gestaffelter Beitrag zwischen 20 und 260 Euro pro Jahr an. Für IG Metall-Mitglieder entfällt die Aufnahmegebühr.
- Berater oder Lohnsteuerhilfvereine finden sich schnell und einfach über die interaktive Postleitzahlensuche (»PLZ-Finder«) auf der Webseite der IG Metall-Servicegesellschaft unter:
 - ▶ www.igmservice.de
 - Beratung & Hilfe
 - Lohnsteuerberatung

Abzugsfähig sind in der Regel Reparaturkosten am eigenen sowie am Fahrzeug des Unfallgegners und eine Wertminderung, wenn der Wagen nicht repariert wird. Kommt die Versicherung für einen Schaden auf, ist nur die Selbstbeteiligung absetzbar.

Die Lohnsteuerermäßigung.

Ein höheres monatliches Nettoeinkommen erhalten Pendler, die sich alternativ die Kilometerpauschale als Freibetrag auf die Lohnsteuerkarte eintragen lassen. Voraussetzung: Werbungskosten, Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen für das Jahr sind höher als 1520 Euro. Für das laufende Jahr kann ein Antrag jeweils bis 30. November beim Finanzamt gestellt werden.

Wer sich das erste Mal einen Freibetrag eintragen lässt, muss ein sechsseitiges Formular ausfüllen. In den Folgejahren reicht dann ein vereinfachter Antrag, wenn die Ermäßigung ähnlich wie im Vorjahr sein wird. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Formulare und Steuerrechner gibt es im Mitgliederbereich:

▶ www.igmetall.de/steuern

IN KÜRZE

»Oh mein Gott«, Gedichte

Der Kabarettist und Satiriker Thorsten Stelzner, bekannt von vielen Lesungen auf IG Metall-Veranstaltungen, hat jetzt massig Gedichte veröffentlicht, teuflisch bissig, mit skurriler Leichtigkeit: »Oh mein Gott« als Leseheft. Und »Irgend Welt 2.0« als Hör-CD, von Stelzner selbst gesprochen. 10 Euro. ■

▶ www.Thorsten-Stelzner.de



Politische Arbeiterlieder in modernem, internationalen Sound: ewo2.

Arbeiterlied, Elektrobeat

»Das kleine elektronische Weltorchester – ewo2« mit dem Liedermacher Bernd »Schlauch« Köhler erschafft das Arbeiterlied neu: Alte und neue Kampflieder mit Klampfe, Akkordeon und elektronischen Klängen. Bertolt-Brecht-Klassiker im orientalischem Stil. Preisträger der deutschen Schallplattenkritik 2009. CD für 17,95 Euro. ■

▶ www.ewo2.de

Federal Mogul-Streikfilm

Mai 2009: 660 Beschäftigte sollen raus beim Autozulieferer Federal Mogul in Wiesbaden. Die Belegschaft streikt. »Entlassungen nein – Kurzarbeit ja!«, lautet ihr Motto. Ein Film des Audivisuellen Zentrums der IG Metall-Bildungsstätte Sprockhövel. 20 Minuten. Gegen frankierten Rückumschlag gratis. ■

▶ **IG Metall Bildungszentrum, AVZ, Otto-Brenner-Str. 100, 45549 Sprockhövel**

Jung und arbeitslos?

RAT IN DER KRISE

Junge Menschen sind von der Krise besonders betroffen. Viele finden keine Ausbildung, keine Arbeit oder werden nach der Ausbildung nicht übernommen. Nun heißt es: Weitersuchen, qualifizieren und Geld vom Amt beantragen.



Arbeitslose junge Frau mit ihrem Arbeitslosengeldbescheid vor dem Amt.

Nicht mal 25 Jahre alt? Ohne Job? Jetzt nur nicht hängen lassen. Bewerbt Euch. Bildet Euch weiter, um Eure Chancen zu verbessern. Sucht Hilfe bei Ämtern. Sie bieten Wege und Geld zum Weiterkommen. Eure IG Metall vor Ort unterstützt Euch mit Rat und Rechtsbeistand, für 1,53 Euro im Monat.

Weiterbilden. Schule, Uni, Fortbildung, Praktikum – vieles hilft weiter. Wer noch keine Ausbildung hat, kann das Abitur nachmachen. Das geht kostenlos, nicht nur an Gymnasien: An der Berufsschule könnt Ihr innerhalb von zwei Jahren das Fachabitur erwerben. Die Alternative: ein Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) oder ein Berufs-

grundbildungsjahr (BGJ) an der Berufsschule, um Eure Chancen auf eine Ausbildung zu erhöhen. Im BVJ könnt Ihr Eure Schulkenntnisse aufbessern und sogar den Hauptschulabschluss nachholen. Im BGJ erwerbt Ihr bereits spezielle Kenntnisse für Eure spätere Berufsausbildung.

Wer nach der erfolgreichen Ausbildung nicht weiterbeschäftigt wird, hat neben dem Abitur diverse Fortbildungsoptionen: etwa eine Ausbildereignungsprüfung bei den Kammern (IHK oder HWK), in wenigen Wochen für ein paar hundert Euro. Wer selbst ausbilden darf, hat bessere Jobaussichten. IT- und Elektrofachleute können sich zum »Spezialisten« weiterbilden.

Wer mindestens ein Jahr nach der Ausbildung beschäftigt war, kann Techniker, Fachwirt oder Meister werden. Die zweijährige Technikerfortbildung, auch in Teilzeit, ist an staatlichen Schulen kostenlos (Fachwirt: ab einem Jahr, ab 2000 Euro, Meister: zweieinhalb Jahre, ab 4000 Euro). Danach steht auch der Weg zum Studium offen.

Geld beantragen. Wer sich bildet, hat eventuell Anspruch auf Beihilfe nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) oder Berufsausbildungsbeihilfe. Bei der Arbeitsagentur gibt es Bildungsgutscheine für Fortbildungen.

Wenn Ihr bald arbeitslos werdet: Meldet Euch sofort bei der

Arbeitsagentur. Arbeitslosengeld I, knapp zwei Drittel des bisherigen Nettos, bekommt Ihr, wenn Ihr regelmäßig beschäftigt wart – nach einer mindestens zweijährigen betrieblichen Ausbildung für ein Jahr.

Arbeitslosengeld II gibt es bei totaler Erwerbslosigkeit, aber auch ergänzend, wenn das Einkommen, etwa Arbeitslosengeld I, nicht zum Leben reicht. Aber nur, wenn Ihr nicht bei den Eltern wohnt. Dann kommen jedoch Pflichten auf Euch zu, etwa jede zumutbare Arbeit anzunehmen. Die Alternative: Wohngeld ist ab 500 Euro Einkommen sinnvoll. Fragt die Ämter und lasst Euch beraten. Aber schnell: Geld gibt es erst ab Antragstellung. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

+ TIPPS

■ Verliert keine Zeit. Gerade bei Ämtern zählt jeder Tag.

■ Geht zu Eurer IG Metall-Verwaltungsstelle vor Ort. Sie bietet Beratung, hat Verbindungen zu Betrieben, Behörden und Kammern und gewährt bei Ärger Rechtsschutz. Für Arbeitslose 1,53 Euro im Monat.

▶ www.igmetall.de
→ IG Metall vor Ort
www.igmetall.de
→ Jugend

■ Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) bietet viele Informationen und Tipps für Arbeitslose.

▶ www.erwerbslos.de

■ Job- und Weiterbildungsangebote findet Ihr bei der Bundesagentur für Arbeit:

▶ www.arbeitsagentur.de
→ Kursnet



Foto: nyul / Fotolia.com

Entgelt/Jahr	BWL, VWL			Ingenieur, Informatik, Naturwissenschaft		
	Diplom	Bachelor	Master	Diplom	Bachelor	Master
Universität						
unteres Dezil	40.720	43.059	45.300	43.000	42.592	45.200
Median	47.766	45.825	48.579	47.766	46.150	49.140
oberes Dezil	51.620	47.920	52.170	53.830	49.052	54.489
Fachhochschule						
unteres Dezil	42.389	39.397	45.100	40.708	42.185	42.900
Median	47.193	45.207	47.992	47.000	46.150	47.992
oberes Dezil	49.931	47.800	49.969	50.743	48.712	51.879
Bachelor of Arts						
unteres Dezil	41.955	40.982	42.800	41.804	44.389	45.200
Median	45.000	45.500	45.000	45.500	45.825	46.000
oberes Dezil	47.223	47.315	47.179	47.541	47.481	47.572

oberes Dezil: 90 Prozent der erfassten Einstiegsgehälter liegen darunter.
 Median: Dieser Wert liegt genau in der Mitte. 50 Prozent der Einstiegsgehälter liegen darüber, 50 Prozent darunter.
 unteres Dezil: 10 Prozent der erfassten Einstiegsgehälter liegen darunter.

Für Berufseinsteiger gut zu wissen, welche Einkommen je nach Abschluss üblich sind. Die Tabelle zeigt's.

Was ein Master wert ist

ERSTES GEHALT

Mit dem Abschluss in der Tasche stürzen sich Uni-Absolventen in die Jobsuche. Doch was sind Master und Bachelor wert? Die IG Metall hat die Einstiegsgehälter ermittelt.

Wer sich nicht unter Wert verkaufen will, sollte im Vorstellungsgespräch an dieser Stelle nicht ins Stottern geraten. Nämlich dann, wenn der Chef fragt: »Und wieviel wollen Sie verdienen?« Für Berufseinsteiger, die vor dem ersten Gespräch wissen wollen, welche Bezahlung in ihrem Bereich üblich ist, erhebt die IG Metall jedes Jahr die Einstiegsgehälter in verschiedenen Branchen.

Gehälter gestiegen. Die aktuelle Erhebung zeigt: Im Vergleich zum Vorjahr sind die Einstiegsgehälter deutlich gestiegen. Allerdings stellten die befragten Betriebe viel weniger Menschen

ein. Während sie 2008 noch 2500 Einstellungen vermeldeten, waren es 2009 nur 1030. Für ihre Erhebung befragte die IG Metall Betriebsräte in 47 Unternehmen der IT-, Elektro-, Automobil- und Stahlindustrie sowie aus dem Maschinenbau und der Telekommunikation. Dazu gehörten Firmen mit und ohne Tarifbindung.

Die Einstiegsgehälter geben eine erste Orientierung. Wer es noch genauer wissen will, fragt nach, was in dem Unternehmen üblich ist. IG Metall-Mitgliedern helfen hier die Verwaltungsstellen weiter. Denn es gibt Unterschiede. In Firmen, die nach Tarif bezahlen, bekommen Einsteiger fast

20 Prozent mehr Geld. Auch Urlaubstage und Zahlungen wie Weihnachtsgeld sind in vielen Tarifverträgen geregelt. Wieviel Bewerber beim Einkommen oder Zusatzleistungen, etwa einen Dienstwagen, herausholen können, hängt nicht nur vom Abschluss und der Note ab. Auch Verhandlungsgeschick und Zusatzqualifikationen wie eine abgeschlossene Berufsausbildung bringen oft Pluspunkte. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Worauf es beim Berufsstart noch ankommt, steht hier:

► www.igmetall.de
→ Jugend

Ausländische Berufe anerkennen

Eine halbe Million Migranten sind in Deutschland weit unter ihrer Qualifikation beschäftigt und arbeiten in fachfremden, schlecht bezahlten Berufen. Der Grund: Viele ausländische Berufsabschlüsse werden hier nicht anerkannt. Ab 2011 soll sich das ändern. Eckpunkte für eine neue gesetzliche Regelungen hat die

Bundesregierung bereits Ende 2009 beschlossen. Aktuell existiert nur für bestimmte Migrantengruppen ein Rechtsanspruch auf Anerkennung. Zum Beispiel für Spätaussiedler, EU-Bürger oder Drittstaatsangehörige, aber nur für gewisse Berufsgruppen. ■

► www.berufliche-erkennung.de

Integration am Arbeitsplatz beginnt mit der Anerkennung ausländischer Abschlüsse.



Foto: Nikolay Okhtin / Fotolia.com

IN KÜRZE

Jura und BWL ohne Abi

Das elfmonatige Basisstudium der gewerkschaftsnahen »Europäischen Akademie der Arbeit« (ADA) in Frankfurt wird ab Herbst an hessischen Hochschulen als Zugang anerkannt. Damit können nun Beschäftigte mit Berufsausbildung über die ADA auch ohne Abitur Politik, Jura und BWL studieren. ■

► www.akademie-der-arbeit.de



Illustration: imageconcept.de / Fotolia.com

Endlich auch für Behinderte: eine standardisierte Berufsausbildung.

Berufe für Behinderte

Bessere Chancen für behinderte Azubis: Endlich gibt es nun auch für sie einheitliche Ausbildungsgänge und Berufsabschlüsse, eng orientiert an den regulären Ausbildungsberufen. Das haben DGB und IG Metall in einem Rahmenplan durchgesetzt. Bisher gab es hier ein Wirrwarr von 900 regionalen, oft willkürlichen Sonderausbildungsordnungen. ■

► www.igmetall-wap.de

BAFöG-Eckpunkte

DGB und Deutsches Studentenwerk haben Eckpunkte für eine Reform des BAFöG vorgelegt. Sie fordern die Steigerung der Bedarfssätze um drei oder vier Prozent, die Anhebung der Freibeträge um vier bis fünf Prozent und eine Förderung bis zum Master-Abschluss. Dadurch sollen mehr Studierende BAFöG bekommen können. ■